

WENN'S WIRKLICH WICHTIG IST,
DANN LIEBER MIT DER POST.



JAHRESABSCHLUSS 2012
ÖSTERREICHISCHE POST AG
EINZELABSCHLUSS NACH ÖSTERREICHISCHEM UGB



ANLAGENVERZEICHNIS

Bilanz zum 31. Dezember 2012	1
Gewinn- und Verlustrechnung für das Geschäftsjahr 2012	2
Anhang für das Geschäftsjahr 2012	3
Lagebericht für das Geschäftsjahr 2012	4



BILANZ ZUM 31. DEZEMBER 2012

Aktiva	31.12.2011 TEUR	31.12.2012 EUR
A. Anlagevermögen		
I. Immaterielle Vermögensgegenstände		
1. Konzessionen, gewerbliche Schutzrechte und ähnliche Rechte	9.256	14.195.051,61
II. Sachanlagen		
1. Grundstücke, grundstücksgleiche Rechte und Bauten, einschließlich der Bauten auf fremdem Grund	242.755	222.412.405,26
2. technische Anlagen und Maschinen	36.467	37.255.834,66
3. andere Anlagen, Betriebs- und Geschäftsausstattung	93.937	105.391.808,43
4. geleistete Anzahlungen und Anlagen in Bau	5.850	10.127.843,55
	379.009	375.187.891,90
III. Finanzanlagen		
1. Anteile an verbundenen Unternehmen	412.699	488.136.271,28
2. Ausleihungen an verbundene Unternehmen	54.986	42.519.080,00
3. Beteiligungen	237	641.561,90
4. Wertpapiere (Wertrechte) des Anlagevermögens	81.138	54.413.619,68
	549.061	585.710.532,86
	937.327	975.093.476,37
B. Umlaufvermögen		
I. Vorräte		
1. Hilfs- und Betriebsstoffe	4.015	5.153.697,00
2. Waren	9.761	10.138.031,07
	13.776	15.291.728,07
II. Forderungen und sonstige Vermögensgegenstände		
1. Forderungen aus Lieferungen und Leistungen	175.248	173.409.427,69
2. Forderungen gegenüber verbundenen Unternehmen	99.374	81.155.589,60
3. Forderungen gegenüber Unternehmen, mit denen ein Beteiligungsverhältnis besteht	139	143.627,74
4. sonstige Forderungen und Vermögensgegenstände	22.970	23.117.810,68
	297.731	277.826.455,71
III. Kassenbestand, Guthaben bei Kreditinstituten	290.028	293.175.362,78
	601.535	586.293.546,56
C. Rechnungsabgrenzungsposten	31.880	35.879.449,54
	1.570.741	1.597.266.472,47



Anlage 1/2

Passiva	31.12.2011 TEUR	31.12.2012 EUR
A. Eigenkapital		
I. Grundkapital	337.763	337.763.190,00
II. Kapitalrücklagen		
1. gebundene	12.237	12.236.810,00
2. nicht gebundene	118.300	118.299.759,74
III. Gewinnrücklagen		
1. gesetzliche Rücklage	35.000	35.000.000,00
2. andere Rücklagen (freie Rücklagen)	15.000	15.000.000,00
IV. Bilanzgewinn,		
davon Gewinnvortrag: EUR 19.776.106,93; Vorjahr: TEUR 41.277	134.616	133.127.910,02
	652.915	651.427.669,76
B. Unversteuerte Rücklagen		
1. Bewertungsreserve auf Grund von Sonderabschreibungen	15.930	15.745.835,80
C. Rückstellungen		
1. Rückstellungen für Abfertigungen	77.904	83.688.000,00
2. Steuerrückstellungen	11.471	10.654.000,00
3. sonstige Rückstellungen	512.112	514.339.510,00
	601.487	608.681.510,00
D. Verbindlichkeiten		
1. Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten	6.750	6.750.514,61
2. erhaltene Anzahlungen auf Bestellungen	68	59.560,11
3. Verbindlichkeiten aus Lieferungen und Leistungen	123.796	146.251.114,62
4. Verbindlichkeiten gegenüber verbundenen Unternehmen	64.292	73.494.946,31
5. Verbindlichkeiten gegenüber Unternehmen, mit denen ein Beteiligungsverhältnis besteht	1.985	1.554.014,58
6. sonstige Verbindlichkeiten,	95.867	87.645.724,39
davon aus Steuern: EUR 26.219.336,73; Vorjahr: TEUR 37.043		
davon im Rahmen der sozialen Sicherheit: EUR 19.740.368,94; Vorjahr: TEUR 18.386		
	292.758	315.755.874,62
E. Rechnungsabgrenzungsposten	7.650	5.655.582,29
	1.570.741	1.597.266.472,47
Haftungsverhältnisse	148.448	93.377.897,83



GEWINN- UND VERLUSTRECHNUNG FÜR DAS GESCHÄFTSJAHR 2012

	2011 TEUR	2012 EUR
1. Umsatzerlöse	1.635.717	1.667.254.395,27
2. andere aktivierte Eigenleistungen	0	402.210,62
3. sonstige betriebliche Erträge		
a) Erträge aus dem Abgang vom Anlagevermögen mit Ausnahme der Finanzanlagen	8.596	5.568.268,58
b) Erträge aus der Auflösung von Rückstellungen	2.249	8.587.281,51
c) übrige	66.799	68.309.843,09
4. Aufwendungen für Material und sonstige bezogene Leistungen		
a) Materialaufwand	-60.418	-58.522.516,18
b) Aufwendungen für bezogene Leistungen	-219.719	-248.293.964,18
5. Personalaufwand		
a) Gehälter	-713.916	-740.012.488,55
b) Aufwendungen für Abfertigungen und Leistungen an betriebliche Mitarbeiterversorgungskassen	-26.042	-31.577.015,40
c) Aufwendungen für Altersversorgung	-158	-198.584,01
d) Aufwendungen für gesetzlich vorgeschriebene Sozialabgaben sowie vom Entgelt abhängige Abgaben und Pflichtbeiträge	-187.174	-205.844.750,67
e) Sonstige Sozialaufwendungen	-7.946	-8.088.880,74
6. Abschreibungen auf immaterielle Gegenstände des Anlagevermögens und Sachanlagen	-72.677	-60.921.911,52
davon außerplanmäßige Abschreibungen auf das Anlagevermögen gemäß § 204 Abs. 2 UGB: EUR 2.132.025,28; Vorjahr: TEUR 10.769		
7. sonstige betriebliche Aufwendungen		
a) Steuern, soweit nicht vom Einkommen und Ertrag	-6.097	-5.934.126,85
b) übrige	-236.539	-223.601.375,40
8. Zwischensumme aus Z 1 bis 7 (Betriebsergebnis)	182.673	167.126.385,57
9. Erträge aus Beteiligungen	20.415	31.394.237,72
davon aus verbundenen Unternehmen: EUR 31.394.237,72; Vorjahr: TEUR 20.415		
10. Erträge aus anderen Wertpapieren des Finanzanlagevermögens	1.007	1.248.905,03
11. sonstige Zinsenerträge	7.783	7.956.828,93
davon aus verbundenen Unternehmen: EUR 3.249.508,03; Vorjahr: TEUR 2.483		
12. Erträge aus dem Abgang von und der Zuschreibung zu Finanzanlagen	22	4.731.181,59
davon aus verbundenen Unternehmen: EUR 4.148.313,63; Vorjahr: TEUR 0		
13. Aufwendungen aus Finanzanlagen	-78.647	-64.497.705,77
davon Abschreibungen: EUR 64.380.705,77; Vorjahr: TEUR 77.896 davon Aufwendungen aus verbundenen Unternehmen: EUR 35.980.705,77; Vorjahr: TEUR 77.896		
14. Zinsenaufwendungen	-2.159	-2.010.250,58
davon aus verbundenen Unternehmen: EUR 1.370.359,35; Vorjahr: TEUR 1.328		
15. Zwischensumme aus Z 9 bis 14 (Finanzergebnis)	-51.579	-21.176.803,08
16. Ergebnis der gewöhnlichen Geschäftstätigkeit	131.094	145.949.582,49
17. Steuern vom Einkommen und Ertrag	-38.181	-32.782.387,92
18. Jahresüberschuss	92.913	113.167.194,57
19. Auflösung unverteilter Rücklagen	425	184.608,52
20. Gewinnvortrag aus dem Vorjahr	41.277	19.776.106,93
21. Bilanzgewinn	134.616	133.127.910,02



ANHANG FÜR DAS GESCHÄFTSJAHR 2012

Inhaltsverzeichnis

1.	Grundsätzliche Ausführungen	7
2.	Bilanzierungs- und Bewertungsmethoden	8
2.1	Allgemeine Angaben	8
2.2	Anlagevermögen	8
2.3	Umlaufvermögen	9
2.4	Rückstellungen	10
2.5	Verbindlichkeiten	10
2.6	Steuerliche Verhältnisse	11
3.	Erläuterungen zur Bilanz	12
3.1	Anlagevermögen	12
3.2	Forderungen und sonstige Vermögensgegenstände	14
3.3	Kassenbestand, Guthaben bei Kreditinstituten	15
3.4	Aktive Rechnungsabgrenzungsposten	15
3.5	Eigenkapital	16
3.6	Unversteuerte Rücklagen	16
3.7	Rückstellungen	17
3.8	Verbindlichkeiten	18
3.9	Passive Rechnungsabgrenzungsposten	18
3.10	Sonstige Angaben	18
4.	Erläuterungen zur Gewinn- und Verlustrechnung	22
4.1	Umsatzerlöse	22
4.2	Sonstige betriebliche Erträge	22
4.3	Aufwendungen für Material und sonstige bezogene Leistungen	22
4.4	Personalaufwand	22
4.5	Aufwendungen für Abfertigungen und für Altersversorgung	23
4.6	Sonstige betriebliche Aufwendungen	23
4.7	Erträge aus Beteiligungen	24
4.8	Aufwendungen aus Finanzanlagen	24
4.9	Steuern vom Einkommen	25
5.	Risikomanagement	26
6.	Mitglieder des Vorstands und des Aufsichtsrats	28
	Bestätigungsvermerk	30



1. Grundsätzliche Ausführungen

Die Österreichische Post AG und ihre Tochtergesellschaften sind Dienstleistungsunternehmen im Bereich der Postbeförderung. Zu den Hauptgeschäftsbereichen der Österreichischen Post AG zählen die Erbringung von Leistungen des Brief- und Paketdienstes sowie die Abwicklung von Finanzgeschäften in Kooperation mit der BAWAG P.S.K.

Der Sitz der Österreichischen Post AG befindet sich in Wien, Österreich. Die Anschrift lautet: Österreichische Post AG, Haidingergasse 1, 1030 Wien. Die Gesellschaft ist in das Firmenbuch beim Handelsgericht Wien (FN 180219d) eingetragen.

Die Österreichische Post AG ist ein konsolidierungspflichtiges Mutterunternehmen im Sinne des § 244 UGB und stellt gemäß § 245a Abs.1 UGB ihren Konzernabschluss nach den International Financial Reporting Standards (IFRS) auf.

2. Bilanzierungs- und Bewertungsmethoden

2.1 Allgemeine Angaben

Der Jahresabschluss zum 31. Dezember 2012 wurde nach den Rechnungslegungsvorschriften des österreichischen Unternehmensgesetzbuches (UGB) in der geltenden Fassung, unter Beachtung der Grundsätze ordnungsgemäßer Buchführung sowie der Generalnorm, ein möglichst getreues Bild der Vermögens-, Finanz- und Ertragslage des Unternehmens zu vermitteln, aufgestellt.

Der Jahresabschluss wurde in Euro aufgestellt. Alle Beträge sind, sofern nichts anderes angeführt ist, in tausend Euro (TEUR) angegeben. Bei Summierung von gerundeten Beträgen und Prozentangaben können durch Verwendung automatisierter Rechenhilfen rundungsbedingte Rechendifferenzen auftreten.

Für die Erstellung des Jahresabschlusses wurde der Grundsatz der Vollständigkeit eingehalten. Bei der Bewertung wurde der Grundsatz der Einzelbewertung beachtet und eine Fortführung des Unternehmens unterstellt.

Dem Vorsichtsprinzip wurde Rechnung getragen, indem nur die am Abschlussstichtag verwirklichten Gewinne ausgewiesen wurden. Alle erkennbaren Risiken und drohenden Verluste wurden berücksichtigt.

Die Gewinn- und Verlustrechnung wurde nach dem Gesamtkostenverfahren aufgestellt.

2.2 Anlagevermögen

Immaterielle Vermögensgegenstände und **Sachanlagen** werden mit den Anschaffungs- bzw. Herstellungskosten, vermindert um planmäßige Abschreibungen, angesetzt. Außerplanmäßige Abschreibungen werden bei voraussichtlich dauernder Wertminderung durchgeführt.

Die planmäßigen Abschreibungen werden linear unter Zugrundelegung folgender Nutzungsdauern und Abschreibungssätze berechnet:

	Nutzungsdauer in Jahren	Abschreibungssatz in %
Immaterielle Vermögensgegenstände	3-10	10-33
Gebäude	20-50	2-5
Grundstückseinrichtungen	10	10
Technische Anlagen und Maschinen	8-10	10-12,5
Werkzeuge, Mess- und Prüfgeräte	5	20
Büromaschinen	5-8	12,5-20
EDV- Großrechner/Netzwerkkomponenten	5	20
EDV- Arbeitsplatzausstattung	3-4	25-33,3
Alarmanlagen	5	20
Büroeinrichtung und Schaltermöbel	12	8,33
Sozialeinrichtungen	8	12,5
Depotbriefkästen	10	10
Briefkästen	20	5
Fuhrpark	4-10	10-25

Für Zugänge des 1. Halbjahres wird die volle Jahresabschreibung, für Zugänge des 2. Halbjahres die halbe Jahresabschreibung angesetzt.

Geringwertige Vermögensgegenstände gemäß § 13 EStG werden im Zugangsjahr voll abgeschrieben. In der Entwicklung des Anlagevermögens werden sie als Zu- und Abgang sowie Abschreibung des Geschäftsjahres ausgewiesen.

Finanzanlagen werden zu Anschaffungskosten bewertet. Außerplanmäßige Abschreibungen werden vorgenommen, wenn der beizulegende Wert zum Abschlussstichtag niedriger ist und die Wertminderungen voraussichtlich von Dauer sind.

Ausleihungen werden zu Anschaffungskosten bewertet. Sofern sie unverzinslich sind, werden sie mit dem am Bilanzstichtag geltenden Zinssatz abgezinst und mit dem Barwert angesetzt.

2.3 Umlaufvermögen

Die Bewertung der **Vorräte** erfolgt zu Anschaffungs- und Herstellungskosten unter Beachtung des Niederstwertprinzips. Die Bestandswertermittlung wird in einem ersten Schritt nach dem gleitenden Durchschnittspreisverfahren durchgeführt. Der zweite Schritt der Bewertung umfasst eine gegebenenfalls erforderliche Abwertung auf einen zum Bilanzstichtag unter dem Durchschnittspreis liegenden niedrigeren Einkaufspreis. Der letzte Bewertungsschritt berücksichtigt die Gängigkeit der Vorräte. Nach Maßgabe der Umschlaghäufigkeit¹ werden, wenn nötig, vom Bestandswert entsprechende Abschläge (bis 100%) vorgenommen.

Forderungen und **sonstige Vermögensgegenstände** werden mit dem Nennwert bewertet, soweit nicht im Fall erkennbarer Einzelrisiken, der niedrigere beizulegende Wert angesetzt wird. Zur Berücksichtigung allgemeiner Kreditrisiken bestehen pauschal ermittelte Wertberichtigungen. Soweit erforderlich, wird eine spätere Fälligkeit von Forderungen durch Abzinsung berücksichtigt.

Die **liquiden Mittel** sind zum Nennwert angesetzt.

Fremdwährungsforderungen gegenüber Drittländern werden mit dem Entstehungskurs oder mit dem niedrigeren Devisenkurs des Bilanzstichtages angesetzt. Die Forderungen aus dem internationalen Postverkehr werden großteils in Euro bzw. mit Drittländern in Sonderziehungsrechten abgerechnet. Die Bewertung der Sonderziehungsrechte erfolgt zum Referenzkurs des International Monetary Fund zum Bilanzstichtag.

¹ Die Umschlaghäufigkeit errechnet sich, indem man den durchschnittlichen Jahresverbrauch durch den durchschnittlichen Ist-Bestand dividiert.



2.4 Rückstellungen

Rückstellungen für Abfertigungen werden für gesetzliche und vertragliche Ansprüche von Angestellten gebildet. Die Rückstellung wird nach versicherungsmathematischen Grundsätzen unter Zugrundelegung der Vorschriften der International Financial Reporting Standards (IAS 19) berechnet. Die Bewertung erfolgt nach der Projected Unit Credit Method unter Zugrundelegung eines gesetzlichen Pensionsantrittsalters von 60 bis maximal 65 Jahren für weibliche und von 65 Jahren für männliche Angestellte und unter Berücksichtigung der Übergangsbestimmungen gemäß Pensionsharmonisierungsgesetz 2003 und schrittweiser Anhebung des Regelpensionsalters für Frauen. Für Beamte wurde mangels Anspruch keine Abfertigungsrückstellung gebildet.

Folgende Parameter wurden zugrunde gelegt:

	2011	2012
Rechnungszinssatz	4,5%	3,5%
Gehaltssteigerung	4,0%	3,5%
Fluktuationsabschlag	gestaffelt 2-8%	gestaffelt 2-8%

Für Dienstnehmer, deren Dienstverhältnisse nach dem 31. Dezember 2002 begonnen haben, werden die Abfertigungsverpflichtungen durch die laufende Entrichtung der Beiträge an eine Mitarbeitervorsorgekasse abgegolten.

Rückstellungen für den Abfertigungen ähnliche Verpflichtungen werden für **Jubiläumsgelder** gebildet. Die Berechnung erfolgt analog dem Verfahren für die Abfertigungsrückstellung unter Zugrundelegung der gleichen Parameter.

Die **übrigen Rückstellungen** werden in Höhe der voraussichtlichen Inanspruchnahme gebildet und berücksichtigen alle erkennbaren Risiken und der Höhe nach noch nicht feststehende Verbindlichkeiten. Sie umfassen im Wesentlichen Vorsorgen für Personal, für noch nicht konsumierte Urlaube, Unterauslastungen, im Umlauf befindliche Postwertzeichen und aufgelieferte, jedoch noch nicht zugestellte Brief- und Paketsendungen, Abgeltungsverpflichtungen für Personalanpassungsmaßnahmen und sonstige ungewisse Verbindlichkeiten.

Die **Rückstellung für Unterauslastung** wird für künftige Personalaufwendungen für Mitarbeiter gebildet, die unkündbar sind (vor allem Beamte) und im Unternehmen nicht mehr oder nur mehr zum Teil zur Leistungserbringung eingesetzt werden können. Die Rückstellung wurde unter Anwendung eines einheitlichen durchschnittlichen Unterauslastungsgrades unter Berücksichtigung eines Fluktuationsabschlages ermittelt.

Weiters wird in der Rückstellung für Unterauslastung für jene Mitarbeiter vorgesorgt, die sich in einem Verfahren zur Versetzung in den Ruhestand wegen Dienstunfähigkeit befinden. Zusätzlich wurde für die Übernahme von Mitarbeitern der Österreichischen Post AG in die Bundesministerien für Inneres, Finanzen und Justiz hinsichtlich deren Gehaltsaufwand bis zum Ende des Refundierungszeitraumes eine Vorsorge gebildet.

Der Berechnung der Rückstellung für Unterauslastung wurden Gehaltssteigerungen von 3,5% und ein Rechnungszinssatz von 3,5% zugrunde gelegt.

2.5 Verbindlichkeiten

Verbindlichkeiten sind mit ihrem Rückzahlungsbetrag unter Bedachtnahme auf den Grundsatz der Vorsicht angesetzt. Fremdwährungsverbindlichkeiten gegenüber Drittländern werden mit ihrem Entstehungskurs oder mit dem höheren Devisenbriefkurs zum Bilanzstichtag bewertet. Verbindlichkeiten aus dem internationalen Postverkehr werden großteils in Euro bzw. mit Drittländern in Sonderziehungsrechten abgerechnet. Die Bewertung der Sonderziehungsrechte erfolgt zum Bilanzstichtag mit dem Referenzkurs des International Monetary Fund.

2.6 Steuerliche Verhältnisse

Umsatzsteuer

Für alle Postdienstleistungen (Briefe, Pakete und EMS-Sendungen) gelten ab 1. Jänner 2010 die Bestimmungen der Richtlinie 2008/8/EG vom 12. Februar 2008 bezüglich des Ortes der Dienstleistung. Für Dienstleistungen, die an unternehmerische Leistungsempfänger erbracht werden, gilt generell das Empfängerortprinzip (§ 3 a Abs.6 UStG), für Dienstleistungen an nichtunternehmerische Leistungsempfänger kommt das Unternehmensortprinzip zur Anwendung (§ 3 a Abs.7 UStG).

Die Berücksichtigung der Erkenntnisse aus der EuGH-Entscheidung vom 23. April 2009 und der geänderten postrechtlichen Bestimmungen im Postmarktgesetz hatten zur Folge, dass die Beförderung von EMS-Sendungen sowie von Paketen über 20 kg ab 1. Juli 2010 nicht mehr zu den steuerfreien Universaldienstleistungen gehört.

Mit 1. Jänner 2011 wurde die Steuerfreiheit von Postdienstleistungen – bedingt durch die Umsetzung des o.g. EuGH-Urteils in nationales Recht - mit Änderung des § 6 Abs.1 Z. 10 lit.b UStG weiter eingeschränkt. Umsatzsteuerbefreit sind nur mehr Postdienstleistungen, die ein Universaldienstbetreiber im Sinne des § 12 des Postmarktgesetzes als solcher erbringt. Die Steuerfreiheit gilt nicht für Leistungen, deren Bedingungen individuell ausgehandelt worden sind.

Die Österreichische Post AG ist ein Unternehmen, das neben Umsätzen, die zum Ausschluss vom Vorsteuerabzug führen, auch solche Umsätze bewirkt, bei denen ein solcher Ausschluss nicht gegeben ist.

Steuerfreie Umsätze der Österreichischen Post AG, die den Vorsteuerabzug ausschließen, sind vor allem die Universaldienstleistungen (v.a Briefe bis 2 kg und Pakete bis 10 kg) sowie jene aus der Vermittlung von Bankdienstleistungen (§ 6 Abs.1 Z.8 UStG).

Soweit Aufwendungen nicht direkt steuerpflichtigen Umsätzen oder steuerfreien Umsätzen zuordenbar sind, erfolgt der Vorsteuerabzug im Verhältnis der zum Vorsteuerabzug berechtigenden, steuerpflichtigen Umsätze zu den gesamten Umsätzen. Dieses Verhältnis wird in Form eines Prozentsatzes, des sogenannten Pro-rata-Satzes, angegeben.

Steuern vom Einkommen

Die Österreichische Post AG als Gruppenträger bildet mit mehreren Tochtergesellschaften eine Unternehmensgruppe i.S.d. § 9 KStG. Das Vorliegen einer Unternehmensgruppe bewirkt, dass die steuerlichen Ergebnisse der Gruppenmitglieder der Österreichischen Post AG zugerechnet werden. Eine unternehmensrechtliche Zuweisung der Ergebnisse erfolgt nicht.

Innerhalb der Unternehmensgruppe erfolgt ein Ausgleich der steuerlichen Mehr- oder Minderbelastung des Gruppenträgers durch die Verrechnung positiver und negativer Steuerumlagen. Positive Steuerumlagen sind Ausgleichszahlungen der Gruppenmitglieder an den Gruppenträger aufgrund der Überrechnung der positiven Ergebnisse. Negative Steuerumlagen sind als Ausgleich für die Überrechnung negativer Ergebnisse vom Gruppenträger an die Gruppenmitglieder zu leisten.

3. Erläuterungen zur Bilanz

3.1 Anlagevermögen

Die Entwicklung der einzelnen Posten des Anlagevermögens und die Aufgliederung der Jahresabschreibung sind im Anlagespiegel (Beilage A) dargestellt.

In den Sachanlagen ist bei den Grundstücken der Österreichischen Post AG ein Grundwert von TEUR 71.147 (31.12.2011 TEUR 71.498) enthalten.

Im Geschäftsjahr 2012 wurden außerplanmäßige Abschreibungen des Sachanlagevermögens in Höhe von TEUR 2.132 (2011: TEUR 10.769) und des Finanzanlagevermögens in Höhe von TEUR 64.381 (2011: TEUR 77.896) vorgenommen. Im Zuge des Einstiegs eines neuen Investors erfolgte im Geschäftsjahr 2012 eine Rekapitalisierung der Beteiligungsstruktur an der BAWAG P.S.K. Die damit verbundene Verwässerung des mittelbaren Anteils und eine Neueinschätzung des beizulegenden Werts an der BAWAG P.S.K führten zu einer außerplanmäßigen Abschreibung in Höhe von TEUR 28.400.

Darüber hinaus wurden die Beteiligung an der Post drei Beteiligungs GmbH mit TEUR 13.382 (Vorjahr: TEUR 3.885) und die Beteiligung an der Post sechs Beteiligungs GmbH mit TEUR 22.598 (Vorjahr: TEUR 0) im Zusammenhang mit der MEILLERGHP GmbH, Deutschland und der Online Post Austria GmbH außerplanmäßig abgeschrieben. Im Geschäftsjahr 2011 wurde die Beteiligung an der Post eins Beteiligungs GmbH im Zusammenhang mit der trans-o-flex Gruppe Deutschland mit TEUR 74.010 außerplanmäßig abgeschrieben.

Da die Emittenten der in den Wertpapieren des Anlagevermögens ausgewiesenen Schuldinstrumente weiterhin ein gutes Bonitätsrating aufweisen und die Kursrückgänge nicht auf finanzielle Schwierigkeiten der Emittenten, sowie auf Verringerung zukünftiger Cashflows oder auf Ausfälle von Zins- und Tilgungszahlungen schließen lassen, ist eine dauerhafte Wertminderung nicht anzunehmen. Außerplanmäßige Abschreibungen gemäß § 204 Abs.2 zweiter Satz UGB unterbleiben daher. Der Buchwert der in den Wertpapieren des Anlagevermögens ausgewiesenen Schuldinstrumente beträgt TEUR 42.202; der beizulegende Zeitwert beläuft sich auf TEUR 39.666.



Anlage 3

Beteiligungen der Österreichischen Post AG

Name und Sitz der Gesellschaft	Anteil zum 31.12.2012 %	Eigenkapital zum 31.12.2012 TEUR	Jahres- ergebnis 2012 TEUR
Anteile an verbundenen Unternehmen			
Post Paket Service GmbH, Wien	100	32.507	1.939
Post & Co Vermietungs OG, Wien	100	147.530	3.570
Medien.Zustell GmbH, Wien**)	100	2.595	1.995
Post.Maintain Mangement Objektverwaltungs- u. instandhaltungs GmbH, Wien**)	100	14.698	-152
A4 Business Solutions GmbH, Wien**)	100	127	13
Post.Wertlogistik GmbH, Wien	100	4.382	355
Post Immobilien GmbH, Wien**)	100	1.299	98
feibra GmbH, Wien**)	100	16.223	9.113
feibra Magyarorszáig Kft, Budapest***)	100	1.919	-1.059
Post International Beteiligungs GmbH, Wien**)	100	46.342	-873
Austrian Post International Deutschland GmbH, Bonn***)***)	100	3.133	2.130
KOLOS s.r.o., Bratislava***)	100	459	86
Weber Escal d.o.o., Zagreb***)	100	3.306	752
Systemlogistik Distribution GmbH, Wien	100	1.844	-132
Post eins Beteiligungs GmbH, Wien	100	142.596	-10
Post drei Beteiligungs GmbH, Wien	100	12.152	-35.692
Post sechs Beteiligungs GmbH, Wien	100	10.709	-22.592
Post sieben Beteiligungs GmbH, Wien	100	38.992	1.388
Post neun Beteiligungs GmbH, Wien	100	55.085	-8
Beteiligungen an assoziierten Unternehmen			
media.at GmbH, Wien*)	20,5	2.707	1.973
ADELHEID GmbH, Berlin***)	35,2	435	-390
Sonstige Beteiligungen			
OMNITEC Informationstechnologie-Systemservice GmbH, Wien	50	385	7

*) Jahresabschluss zum 30.06.2012

**) Unternehmensgruppe i.S.d. § 9 KStG

***) gemäß IFRS-Reportingpackage zum 31.Dezember 2012

Im Geschäftsjahr 2012 wurde ein Anteil an der ADELHEID GmbH, Berlin um TEUR 404, sowie die österreichische Gesellschaft Systemlogistik Distribution GmbH um TEUR 3.675 erworben.

Weiters wurden nicht rückzahlbare Zuschüsse in Höhe von insgesamt TEUR 102.804 an folgende Konzerngesellschaften geleistet:

über Post eins Beteiligungs GmbH:

- an tof Logistik Group Service GmbH: TEUR 71.587

Ein Teil der Mittelzufuhr in Höhe von TEUR 45.926 erfolgte mittels privativer Schuldübernahme von Darlehensverbindlichkeiten der trans-o-flex Schnell-Lieferdienst GmbH & CO KG gegenüber Post fünf Beteiligungs GmbH durch die Österreichische Post AG. Die nunmehr seitens der Österreichischen Post AG gegenüber der trans-o-flex Schnell-Lieferdienst GmbH & Co KG bestehende

Darlehensforderung wurde in einen nicht rückzahlbaren Eigenmittelzuschuss umgewandelt, der eine Einlage in das Eigenkapital der trans-o-flex Schnell-Lieferdienst GmbH & Co KG darstellt.

über Post drei Beteiligungs GmbH:

- an Post vier Beteiligungs GmbH: TEUR 1.100 für Online Post Austria GmbH; TEUR 7.456 im Zuge der Einbringung der Scanpoint GmbH von der Post vier Beteiligungs GmbH in die Post zehn Beteiligungs GmbH

über Post sechs Beteiligungs GmbH:

- an Post zehn Beteiligungs GmbH: TEUR 1.100 für Online Post Austria GmbH

über Post sieben Beteiligungs GmbH:

- an Post acht Beteiligungs GmbH: TEUR 12.925 für Erwerb Kolportazs Rzetelny Sp. Z.o.o, TEUR 5.402 für den Anteilskauf M&BM Express OOD, Sofia und TEUR 1.600 für PostMaster s.r.l.

An die **Systemlogistik Distribution GmbH** wurde ein Zuschuss in Höhe von TEUR 1.359 geleistet.

Der Buchwert der mittelbar gehaltenen Anteile an der BAWAG P.S.K beträgt nach Vornahme der außerplanmäßigen Abschreibung von TEUR 28.400 (vgl. S 12) TEUR 8.000 (31.12.2011: TEUR 36.400).

Insgesamt bestehen Ausleihungen in Höhe von TEUR 42.519 (31.12.2011: TEUR 54.986) an Post fünf Beteiligungs GmbH. Ausleihungen mit einer Restlaufzeit bis zu einem Jahr betragen TEUR 690.

3.2 Forderungen und sonstige Vermögensgegenstände

TEUR	31.12.2011		31.12.2012	
	bis 1 Jahr	über 1 Jahr	bis 1 Jahr	über 1 Jahr
mit einer Restlaufzeit von				
Forderungen aus Lieferungen und Leistungen	175.248	0	173.409	0
Forderungen gegenüber verbundenen Unternehmen	48.142	51.232	44.709	36.447
Forderungen gegenüber Unternehmen, mit denen ein Beteiligungsverhältnis besteht	139	0	144	0
Sonstige Forderungen und Vermögensgegenstände	22.970	0	14.943	8.175
	246.498	51.232	233.205	44.622

In den Forderungen gegenüber verbundenen Unternehmen sind Forderungen aus Lieferungen und Leistungen in Höhe von TEUR 819 (31.12.2011: TEUR 1.129) und sonstige Forderungen in Höhe von TEUR 80.336 (31.12.2011: TEUR 98.245) enthalten.

Die sonstigen Forderungen gegenüber verbundenen Unternehmen entfallen mit TEUR 2.693 (31.12.2011: TEUR 1.928) auf Steuerumlagen, mit TEUR 26.455 (31.12.2011: TEUR 21.992) auf Gewinnausschüttungen und Ergebnisüberrechnungen sowie mit TEUR 51.188 (31.12.2011: TEUR 74.325) auf sonstige Verrechnungen und Finanzierungen.

Zum Jahresende wurden pauschal ermittelte Wertberichtigungen zu Forderungen aus Lieferungen und Leistungen in Höhe von TEUR 879 (31.12.2011: TEUR 868) vorgenommen. Die Ermittlung der pauschalen Wertberichtigungen wird im mehrjährigen Rhythmus an den tatsächlichen Schadensverlauf angepasst.



Anlage 3

In den sonstigen Forderungen sind Ertragszinsen in Höhe von TEUR 685 (31.12.2011: TEUR 1.217) sowie sonstige übrige Erträge in Höhe von TEUR 3.947 (31.12.2011: TEUR 4.375) enthalten, die erst nach dem Abschlussstichtag zahlungswirksam werden.

3.3 Kassenbestand, Guthaben bei Kreditinstituten

TEUR	31.12.2011	31.12.2012
Guthaben bei Kreditinstituten	2.196	17.426
Termingelder	284.500	273.500
Kassenbestände	3.332	2.250
	290.028	293.175

3.4 Aktive Rechnungsabgrenzungsposten

Aktive Rechnungsabgrenzungen wurden in Höhe von TEUR 35.879 (31.12.2011: TEUR 31.880) gebildet; davon entfallen TEUR 16.866 (31.12.2011: TEUR 17.281) auf vorausbezahlte Bezüge an Mitarbeiter, TEUR 4.720 (31.12.2011: TEUR 5.699) auf Mietzinsvorauszahlungen, TEUR 4.200 (31.12.2011: TEUR 0) auf Versicherungsleistungen und TEUR 10.093 (31.12:2011: TEUR 8.900) auf sonstige Vorauszahlungen.



3.5 Eigenkapital

Das Grundkapital der Österreichischen Post AG beträgt TEUR 337.763. Es ist in 67,6 Mio auf Inhaber lautende stimm- und gewinnberechtigte Aktien geteilt. Hauptaktionärin der Österreichischen Post AG ist mit einem Anteil von 52,8% die Österreichische Industrieholding AG, Wien.

Im Rahmen der am 22. April 2008 abgehaltenen Hauptversammlung wurde der Vorstand ermächtigt, während einer Geltungsdauer von 18 Monaten eigene Aktien im Ausmaß von 10% des Grundkapitals nach den Bestimmungen des Aktiengesetzes und des Börsegesetzes gemäß § 65 Abs.1 Z.8 AktG zu erwerben und zum Zwecke der Kapitalherabsetzung durch Einziehung von Aktien gemäß § 192 AktG einzuziehen. Das Aktienrückkaufprogramm, begonnen am 19. August 2008, wurde am 31. Dezember 2008 abgeschlossen. Alle eigenen Aktien (2.447.362 Stück) wurden am 24. April 2009 eingezogen und damit das Grundkapital herabgesetzt. In der Höhe des Nennwerts der eigenen Anteile wurde im Geschäftsjahr 2008 eine gebundene Kapitalrücklage in Höhe von TEUR 12.237 eingestellt.

Die nicht gebundene Kapitalrücklage beträgt zum 31. Dezember 2012 unverändert zum Vorjahr TEUR 118.300.

Die gesetzliche Gewinnrücklage beträgt zum Bilanzstichtag TEUR 35.000 (31.12.2011: TEUR 35.000). Weiters wurde gemäß Gewinnverwendungsbeschluss der Hauptversammlung vom 22. April 2010 eine freie Gewinnrücklage in Höhe von TEUR 15.000 durch Umgliederung aus dem Gewinnvortrag gebildet.

3.6 Unversteuerte Rücklagen

Die Bewertungsreserven aufgrund von Sonderabschreibungen gliedern sich wie folgt:

TEUR	01.01.2012	Auflösung	31.12.2012
Übertragung stiller Reserven gem. § 12 Abs. 1 EStG			
Grundstücke und Gebäude	9.627	17	9.609
Betriebs- und Geschäftsausstattung	8	3	5
Fahrzeuge	125	96	28
	9.759	117	9.642

Die Rechtsgrundlage für die Zuweisung zu Bewertungsreserven aufgrund von Sonderabschreibungen stellt die mit dem Konjunkturpaket 2009 geschaffene Begünstigung einer vorzeitigen Abschreibung für körperliche Anlagegüter im Sinne des § 7a EStG dar. Der Anwendungszeitraum war auf Anschaffungen, die in den Jahren 2009 und 2010 getätigt wurden, begrenzt.

TEUR	01.01.2012	Auflösung	31.12.2012
Vorzeitige Abschreibung gem. § 7 a EStG			
Technische Anlagen und Maschinen	462	12	449
Betriebs- und Geschäftsausstattung	1.717	26	1.691
Fahrzeuge	3.993	29	3.963
	6.171	68	6.104



Anlage 3

3.7 Rückstellungen

Die Rückstellungen setzen sich zum Bilanzstichtag wie folgt zusammen:

TEUR	01.01.2012	Umgliederung	Verbrauch	Auflösung	Zuweisung	31.12.2012
Abfertigungen	77.904		9.001	173	14.957	83.688
Steuern	11.471		812	50	45	10.654
Jubiläumsgelder	91.547		12.321	5.731	19.201	92.697
Noch nicht konsumierte						
Urlaube	45.270		63.710	158	63.607	45.009
Betriebsvereinbarung	17.925		13.473	62	12.923	17.313
Noch nicht erbrachte						
Leistungen	26.037		26.037	0	21.645	21.645
Sonstige Personalkosten	42.670		40.004	1.789	52.708	53.585
Ausstehende						
Eingangsrechnungen	24.870		20.505	5.767	31.276	29.874
Vorsorge für						
Unterauslastung	221.572	-11.252	22.324	46.887	70.515	211.625
Abgeltungsverpflichtung	6.747		700	346	1.196	6.898
Übrige sonstige	35.474		16.896	2.907	20.023	35.694
Sonstige						
Rückstellungen	512.112	-11.252	215.970	63.647	293.095	514.340
Rückstellungen gesamt	601.487	-11.252	225.783	63.870	308.098	608.682

Für jene Mitarbeiter, die vom Bundesministerium für Inneres, Finanzen und Justiz übernommen wurden, wurde im Geschäftsjahr 2012 ein Betrag in Höhe von TEUR 11.252 in eine Verbindlichkeit umgegliedert.

In den übrigen sonstigen Rückstellungen wurde für ungewisse Verbindlichkeiten aus Abgaben und Beiträgen in Höhe von TEUR 13.000 vorgesorgt.

Von den Auflösungen der Rückstellungen wurden TEUR 55.282 im Personalaufwand verrechnet.



Anlage 3

3.8 Verbindlichkeiten

TEUR				31.12.2011
	bis 1 Jahr	1 bis 5 Jahre	über 5 Jahre	Gesamt
Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstitute	0	6.750	0	6.750
erhaltene Anzahlungen auf Bestellungen	68	0	0	68
Verbindlichkeiten aus Lieferungen und Leistungen	123.796	0	0	123.796
Verbindlichkeiten gegenüber verbundenen Unternehmen	64.292	0	0	64.292
Verbindlichkeiten gegenüber Unternehmen, mit denen ein Beteiligungsverhältnis besteht	1.985	0	0	1.985
sonstige Verbindlichkeiten	78.178	16.720	968	95.867
	268.319	23.470	968	292.758

TEUR				31.12.2012
	bis 1 Jahr	1 bis 5 Jahre	über 5 Jahre	Gesamt
Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstitute	1	6.750	0	6.751
erhaltene Anzahlungen auf Bestellungen	60	0	0	60
Verbindlichkeiten aus Lieferungen und Leistungen	146.251	0	0	146.251
Verbindlichkeiten gegenüber verbundenen Unternehmen	73.495	0	0	73.495
Verbindlichkeiten gegenüber Unternehmen, mit denen ein Beteiligungsverhältnis besteht	1.554	0	0	1.554
sonstige Verbindlichkeiten	72.590	14.124	932	87.646
	293.950	20.874	932	315.756

Die Verbindlichkeiten gegenüber verbundenen Unternehmen resultieren aus Lieferungen und Leistungen in Höhe von TEUR 5.937 (31.12.2011: TEUR 6.567), aus Steuerumlagen in Höhe von TEUR 558 (31.12.2011: TEUR 561) und mit TEUR 67.000 (31.12.2011: TEUR 57.164) aus sonstigen Verrechnungen.

In den sonstigen Verbindlichkeiten sind Personalaufwendungen in Höhe von TEUR 57.424 (31.12.2011: TEUR 46.323) und sonstige übrige Aufwendungen in Höhe von TEUR 1.137 (31.12.2011: TEUR 1.153) enthalten, die erst nach dem Abschlussstichtag zahlungswirksam werden.

3.9 Passive Rechnungsabgrenzungsposten

Passive Rechnungsabgrenzungen wurden in Höhe von TEUR 5.656 (31.12.2011: TEUR 7.650) gebildet; davon entfallen TEUR 4.324 (31.12.2011: TEUR 4.805) auf den Nettobarwertvorteil aus dem Cross Border Leasing (vgl. 3.10).

3.10 Sonstige Angaben

Haftungsverhältnisse

Cross Border Leasing

Im Geschäftsjahr 2002 hat die Österreichische Post AG mit zwei US-Trusts eine Cross Border Leasing-Transaktion abgeschlossen. Die Österreichische Post AG hat diesen beiden Trusts auf 99 Jahre ein Fruchtgenussrecht an Postsortieranlagen in Wien, Graz, Salzburg und Innsbruck gegen Leistung eines „Grant Payments“ von 117 Mio USD eingeräumt. Gleichzeitig wurde ein Lease Agreement abgeschlossen, in dem die Österreichische Post AG auf 24 Jahre das Nutzungsrecht an diesen Anlagen wieder zurückgemietet hat.

Die als Sicherheiten verpfändeten Sachanlagen weisen einen Buchwert von TEUR 10.879 (31.12.2011: TEUR 8.801) auf. In diesem Lease Agreement wurde der Österreichischen Post AG auch das Recht eingeräumt, das



Anlage 3

Fruchtgenussrecht an den Postsortieranlagen entweder mit 1. Jänner 2022 zu einem Fixpreis („EBO Payment Amount“) oder am Ende des Leasingsvertrages zum Verkehrswert, mindestens jedoch zum „End of Term Purchase Option Price“ zurückzukaufen.

Die Österreichische Post AG hat ihre Verpflichtung zur Zahlung der Leasingraten einschließlich eines allfälligen EBO Payment an zwei Payment Undertaker ausgelagert. Zu diesem Zweck hat die Österreichische Post AG Zahlungen an die Payment Undertaker geleistet (Mio USD 108,3) und die entsprechende Verbindlichkeit ausgebucht. Die Payment Undertaker haben sich ihrerseits verpflichtet, die entsprechenden Beträge zu den festgesetzten Zahlungsterminen für die Österreichische Post AG zu leisten. Bei der Österreichischen Post AG verbleibt das Restrisiko einer möglichen Inanspruchnahme im Falle einer Insolvenz der Payment Undertaker. Die aufgrund der in Vorjahren erfolgten Abstufung des Ratings eines Payment Undertakers erforderliche zusätzliche Besicherung durch Wertpapiere wurde hinterlegt.

Zum Bilanzstichtag stellt sich das Rating der beiden Payment Undertaker wie folgt dar:

	31.12.2011	31.12.2012
Standard & Poor's	A+(Stable) bzw. AA-(Stable)	A+(Negative) bzw. AA-(Stable)
Moody's	A1(Positive) bzw. Aa3 (Negative)	A1(Positive) bzw. A2 (Negative)

Zum 31. Dezember 2012 beläuft sich der von den Payment Undertakern zu leistende Betrag auf TEUR 85.364 (31.12.2011: TEUR 87.120) und ist in den Haftungsverhältnissen enthalten.

Der aus dieser Transaktion der Österreichischen Post AG zugeflossene Nettobarwertvorteil wird unter den passiven Rechnungsabgrenzungsposten (31.12.2012: TEUR 4.324; 31.12.2011: TEUR 4.805) ausgewiesen und verteilt über die Vertragslaufzeit ertragswirksam aufgelöst.

Patronatserklärungen

Im Jahr 2009 wurden Haftungen für trans-o-flex Belgium B.V.B.A. in Höhe von TEUR 3.444 (aushaftender Betrag am 31.12.2012: TEUR 1.005) und im Geschäftsjahr 2010 in Höhe von TEUR 3.800 (aushaftender Betrag am 31.12.2012 TEUR 308) übernommen.

Im Jahr 2011 wurden Haftungen für trans-o-flex ThermoMed GmbH & Co KG in Höhe von TEUR 7.500 (aushaftender Betrag am 31.12.2012: TEUR 6.357) übernommen.

Weiters bestehen sonstige Haftungsverhältnisse gegenüber verbundenen Unternehmen mit einem Betrag von TEUR 543 (aushaftender Betrag zum 31.12.2012: TEUR 344).

Im Jahr 2011 war in den Haftungsverhältnissen unter anderem auch eine Haftung für ein Darlehen der Post fünf Beteiligungs GmbH über TEUR 45.926 an die trans-o-flex Schnell-Lieferdienst GmbH & CO KG enthalten.



Anlage 3

Sonstige finanzielle Verpflichtungen

TEUR	31.12.2011	31.12.2012
Bestellverpflichtungen für Investitionen	22.361	18.566
Verpflichtungen aus der Nutzung von in der Bilanz nicht ausgewiesenen Sachanlagen		
im folgenden Geschäftsjahr	46.449	48.872
davon gegenüber verbundenen Unternehmen	8.741	9.051
in den folgenden fünf Jahren (statistisch hochgerechnet)	231.430	242.363
davon gegenüber verbundenen Unternehmen	43.707	45.254

Derivative Finanzinstrumente

Mit Ende des Geschäftsjahres 2012 wurden die bestehenden Zinsswap-Vereinbarungen aufgelöst. Zum 31. Dezember 2012 bestehen keine derivativen Finanzinstrumente in der Österreichischen Post AG.

Die beiden im Geschäftsjahr 2011 bestehenden Zins-Swaps wiesen folgende Werte auf:

TEUR	31.12.2011	
Nominale	5.000	3.000
Marktwert	145	-209
durchschnittlich empfangener Zinssatz	2,88%	2,82%
durchschnittlich zu zahlender Zinssatz	1,90%	4,75%
Restlaufzeit in Jahren	7,8	6,2

Die festen Zinssätze lagen im Geschäftsjahr 2012 zwischen 0,93% und 4,75% (2011: zwischen 1,69% und 4,75%). Die variablen Zinssätze, die während der Laufzeit der Swap-Vereinbarungen wesentlichen Änderungen unterlagen, waren an verschiedene Interbankensätze gebunden.

Die im Geschäftsjahr 2012 durchschnittlich empfangenen Zinssätze betragen zwischen 2,34% und 2,74%; die durchschnittlich zu zahlenden Zinssätze betragen zwischen 1,47% und 4,75%.

Aktienbasierte Vergütungsprogramme

Der Aufsichtsrat der Österreichischen Post AG hat im Dezember 2009 die Einführung aktienbasierter Vergütungsprogramme beschlossen. In den Geschäftsjahren 2010 bis 2012 wurde jeweils ein Vergütungsprogramm für Vorstandsmitglieder und Führungskräfte realisiert. Voraussetzung für die Teilnahmeberechtigung war der Erwerb einer bestimmten Anzahl an Aktien der Österreichischen Post AG nach vorgegebenen Richtlinien. Dieses Eigeninvestment ist bis zum Ende des nächstfolgenden Jahres nach Ablauf des Performancezeitraums ununterbrochen zu halten (Tranche 1: 31.12.2013, Tranche 2: 31.12.2014, Tranche 3: 31.12.2015). Von den aktiven und ehemaligen Vorstandsmitgliedern nehmen die Herren Dipl.-Ing. Dr. Georg Pölzl, Mag. Dr. Rudolf Jettmar und Dipl.-Ing. Walter Hitziger an allen drei Vergütungsprogrammen, Herr Dipl.-Ing. Dr. Herbert Götz an den beiden ersten Vergütungsprogrammen, Herr Dipl.-Ing. Peter Umundum am zweiten und dritten Vergütungsprogramm und Herr Dipl.-Ing. Walter Oblin am dritten Vergütungsprogramm teil.

Die für das Eigeninvestment nötige Anzahl an Aktien der Österreichischen Post AG bei Programmbeginn ergibt sich für die Mitglieder des Vorstands als definierter Prozentsatz des Bruttofixgehaltes dividiert durch den Referenzkurs des vierten Quartals des jeweiligen Vorjahres. Das Eigeninvestment der Führungskräfte orientiert sich an der gewählten Investmentkategorie gemäß Teilnahmebedingungen. Die für die bestehenden aktienbasierten Vergütungsprogramme nötigen Eigeninvestments betragen zum 31. Dezember 2012 für die Mitglieder des Vorstands insgesamt 70.092 Aktien, für die teilnehmenden Führungskräfte 147.900 Aktien.

Am Anspruchstag werden den Teilnehmern Bonusaktien gewährt oder es erfolgt ein Barausgleich. Die Zahl der Bonusaktien hängt vom Ausmaß der Erreichung der im Voraus definierten Leistungskriterien ab. Zu Beginn des

Anlage 3

jeweiligen Programms wurden Zielwerte für Schlüsselindikatoren festgelegt. Die maßgeblichen Indikatoren sind Earnings per Share (EPS), Free Cashflow und Total Shareholder Return (TSR), wobei die Teilziele gleich gewichtet sind. Die Zielerreichung wird über einen dreijährigen Beobachtungszeitraum ermittelt.

Die Gesamtbonifikation richtet sich nach der Gesamtzielerreichung aus obigen Parametern sowie der Kursentwicklung. Die Gesamtbonifikation nach drei Jahren ist mit 175% bei Tranche 1, 200% bei Tranche 2 und 225% bei Tranche 3 jener Bonifikation gedeckelt und mit 25% als Minimum jener Bonifikation begrenzt, die bei 100% Gesamtzielerreichung vorgesehen ist.

Zum 31. Dezember 2012 ergeben sich rechnerische Zeitwerte für die drei Tranchen in Höhe von TEUR 5.367, TEUR 10.733 und TEUR 11.410. Diese wurden mit Hilfe eines Modells ermittelt, welches auf der erwarteten Erreichung der Leistungskriterien und dem erwarteten Aktienkurs beruht. Die erwarteten Aufwendungen aus dem aktienbasierten Vergütungsprogramm sind über den Performancezeitraum in Form einer Rückstellung zu verteilen. Die Dotierung des Geschäftsjahres 2012 beträgt für die Tranche 1 TEUR 2.513, für die Tranche 2 TEUR 4.180 und für die Tranche 3 TEUR 2.494. Zum Bilanzstichtag bestehen aliquote Rückstellungen für die Tranche 1 in Höhe von TEUR 5.367 (31.12.2011: TEUR 2.854), für die Tranche 2 in Höhe von TEUR 6.620 (31.12.2011: TEUR 2.440) und für die Tranche 3 in Höhe von TEUR 2.494 (31.12.2011: TEUR 0).



4. Erläuterungen zur Gewinn- und Verlustrechnung

4.1 Umsatzerlöse

Seit Jahresanfang 2012 werden die Divisionen Brief und Filialnetz in der nunmehr neuen Division Brief, Werbepost & Filialen zusammengefasst. Die neue Gliederung spiegelt die aktuelle Organisations-, Steuerungs- und Berichtsstruktur wider.

TEUR	31.12.2011*)	31.12.2012
Division Brief, Werbepost & Filialen	1.401.843	1.411.418
Division Paket & Logistik	233.875	255.791
Corporate	0	45
	1.635.717	1.667.254

*) angepasst an die Berichterstattung nach neuer Segmentstruktur ab 1.1.2012

4.2 Sonstige betriebliche Erträge

TEUR	31.12.2011	31.12.2012
Erträge aus dem Abgang vom Anlagevermögen mit Ausnahme der Finanzanlagen	8.596	5.568
Erträge aus der Auflösung von Rückstellungen	2.249	8.587
Erträge aus Mieten und Pachten	40.688	41.005
Abgeltungen von Schadensfällen	1.904	1.526
Erträge aus der Auflösung von Wertberichtigungen	738	921
Weiterverrechnete Aufwendungen	14.847	15.662
Übrige	8.621	9.196
	77.643	82.465

4.3 Aufwendungen für Material und sonstige bezogene Leistungen

TEUR	31.12.2011	31.12.2012
Materialaufwand	60.418	58.523
Aufwand für bezogene Leistungen	219.719	248.294
	280.138	306.816

4.4 Personalaufwand

TEUR	31.12.2011	31.12.2012
Gehälter	713.916	740.012
Aufwendungen für Abfertigungen	24.472	29.746
Beiträge an Mitarbeitervorsorgekassen	1.570	1.831
Aufwendungen für Altersversorgung	158	199
Aufwendungen für gesetzlich vorgeschriebene Sozialabgaben sowie vom Entgelt abhängige Abgaben und Pflichtbeiträge	187.174	205.845
Sonstige Sozialaufwendungen	7.946	8.089
	935.237	985.722



Anlage 3

Die durchschnittliche Zahl an Arbeitnehmern betrug im Geschäftsjahr:

	31.12.2011	31.12.2012
Beamte	10.413	9.872
Angestellte	10.950	11.274
Summe	21.363	21.146
Entsprechende Vollzeitkräfte	19.907	19.534

TEUR	31.12.2011	31.12.2012
Bezüge an aktive Vorstandsmitglieder	3.869	3.436
Bezüge an ehemalige Vorstandsmitglieder	912	889
Bezüge für Mitglieder des Aufsichtsrats	161	163
	4.942	4.488

4.5 Aufwendungen für Abfertigungen und für Altersversorgung

Die Aufwendungen für Abfertigungen und für Altersversorgung verteilen sich wie folgt:

TEUR	31.12.2011	31.12.2012
Vorstände	663	233
Leitende Angestellte	258	324
Andere Arbeitnehmer	25.280	31.219
	26.200	31.776

4.6 Sonstige betriebliche Aufwendungen

TEUR	31.12.2011	31.12.2012
Steuern, nicht vom Einkommen und Ertrag	6.097	5.934
Übrige	236.539	223.601
	242.636	229.536



Anlage 3

Die übrigen Aufwendungen gliedern sich wie folgt:

TEUR	31.12.2011	31.12.2012
Miet- und Pacht aufwendungen	51.168	54.455
Instandhaltung und Immobilienverwaltung	34.568	35.945
EDV-Dienstleistungsaufwand	24.763	27.928
Reiseaufwand	24.533	24.664
Entsorgung und Reinigung	13.290	12.361
Kommunikation und Werbung	13.747	16.185
Beratungsaufwand	9.092	9.669
Personalbereitstellung	8.334	9.575
Versicherungsaufwand	5.259	5.120
Telefonaufwand	2.989	3.270
Verluste aus dem Abgang von Sachanlagevermögen	2.849	2.161
Aus- und Fortbildung	954	1.586
sonstige	44.992	20.681
	236.539	223.601

Die Erläuterungen zu den Aufwendungen für Leistungen an den Abschlussprüfer sind im Konzernabschluss dargestellt.

4.7 Erträge aus Beteiligungen

TEUR	31.12.2011	31.12.2012
Gewinnausschüttungen	16.121	22.885
Ergebnisüberrechnung Personengesellschaften	4.294	3.570
Sachdividende	0	4.939
	20.415	31.394

4.8 Aufwendungen aus Finanzanlagen

TEUR	31.12.2011	31.12.2012
Verluste aus dem Abgang von Finanzanlagen	751	117
Abschreibung Wertpapiere	0	28.400
Abschreibungen auf Beteiligungen	77.896	35.981
	78.647	64.498



4.9 Steuern vom Einkommen

Im Jahr 2012 wurden von den Gruppenmitgliedern positive steuerliche Ergebnisse in Höhe von TEUR 14.653 (2011: TEUR 16.065) und negative steuerliche Ergebnisse in Höhe von TEUR 2.412 (2011: TEUR 4.031) an den Gruppenträger Österreichische Post AG überrechnet. Aufgrund dieser Überrechnung ergeben sich positive Steuerumlagen in Höhe von TEUR 3.663 (2011: TEUR 4.016) sowie negative Umlagen im Betrage von TEUR 603 (2011: TEUR 1.008). Die überwiegende Zuweisung positiver steuerlicher Ergebnisse führte per Saldo zu einer Erhöhung der Körperschaftsteuerbelastung des Gruppenträgers im Ausmaß von TEUR 3.060 (2011: TEUR 3.008).

Der Körperschaftsteueraufwand der Unternehmensgruppe beträgt nach Zurechnung der einzelnen steuerlichen Ergebnisse der Gruppenmitglieder TEUR 35.869 (2011: TEUR 41.189). Nach Berücksichtigung der Steuerumlagen der Gruppenmitglieder ergibt sich für die Österreichische Post AG ein Körperschaftsteueraufwand 2012 in Höhe von TEUR 32.809 (2011: TEUR 38.180). Die Körperschaftsteuerbelastung resultiert ausschließlich aus der gewöhnlichen Geschäftstätigkeit.

Im Jahr 2012 gab es steuerpflichtige Auflösungen von un versteuerten Rücklagen in Höhe von TEUR 185 (2011: TEUR 425).

Vom Wahlrecht zur Aktivierung von latenten Steuern in Höhe von TEUR 51.544 exklusive Gruppenmitgliedern (2011: TEUR 47.341) wurde kein Gebrauch gemacht.



5. Risikomanagement

Ziel des Finanz- und Risikomanagements der Österreichischen Post AG ist die Sicherung des Unternehmenserfolges gegen finanzielle Risiken jeglicher Art. Grundsätzlich wird beim Management der Finanzpositionen ein strategischer Portefeuilleansatz unter Bedachtnahme auf eine konservative Risikopolitik verfolgt.

In der Österreichischen Post AG erfolgt eine laufende Überwachung eventuell auftretender Risikokonzentrationen. Diese können bei Finanzanlagen mit ähnlichen Merkmalen und ähnlichen Bedingungen auftreten, zB in Bezug auf Fristigkeiten, Kontrahentenstruktur und hinsichtlich der Umsetzung der Veranlagungsstrategie. Konzentrationsrisiken werden unter anderem durch die Veranlagung von Termingeldern bei verschiedenen Banken, Diversifikation der Emittenten im Wertpapierportfolio oder durch Streuung der Fälligkeitsprofile vermieden. Zum Bilanzstichtag bestehen in der Österreichischen Post AG keine Konzentrationsrisiken.

Das Risikomanagement unterliegt einem vom Vorstand beschlossenen Regelwerk, welches Ziele, Grundsätze, Aufgaben und Kompetenzen festlegt. Darüber hinaus formuliert dieses Regelwerk standardisierte Abläufe, um Revisionsicherheit zu gewährleisten.

Die aktuelle Risikosituation im Finanzbereich wird laufend in einem standardisierten Berichtswesen dargelegt. Weiters bestehen bei der Österreichischen Post AG bestehen klare, schriftlich festgelegte Strategien und operative Richtlinien für die Behandlung aller finanziellen Risiken. Finanzielle Risiken umfassen das Liquiditätsrisiko, das Kreditrisiko/Kontrahentenrisiko/Produktrisiko, das Zinsänderungsrisiko, das Währungsänderungsrisiko sowie organisatorische Risiken.

Liquiditätsrisiko

Aufgabe der Liquiditätssicherung ist die jederzeitige Sicherstellung der Zahlungsfähigkeit der Unternehmensgruppe. Basis des Liquiditätsmanagements ist ein Liquiditätsplan, der laufend Soll-Ist Analysen unterzogen und bei Bedarf angepasst wird. Durch die aktive Steuerung von Zahlungsströmen wird der Zinssaldo optimiert.

Kreditrisiko/Kontrahentenrisiko/Produktrisiko/Risiko Payment Undertaker

Auf der Aktivseite stellen die ausgewiesenen Beträge gleichzeitig das maximale Bonitäts- und Ausfallsrisiko dar, da keine generellen Aufrechnungsvereinbarungen bestehen. Das Risiko bei Forderungen kann insgesamt als gering eingeschätzt werden, da die Mehrzahl der Kunden ohnedies bar bezahlt bzw. einem Bankeinzugsverfahren zugestimmt hat. Ferner besteht ein Großteil der offenen Forderungen gegenüber ausländischen Postgesellschaften, bei denen es sich um Vertragspartner bester Bonität handelt.

Soweit bei den finanziellen Vermögenswerten Ausfallsrisiken erkennbar sind, werden diese Risiken durch Wertberichtigungen erfasst. Zur Vermeidung von Kreditrisiken werden Finanzkontrakte nur mit Kontrahenten einwandfreier Bonität abgeschlossen. Aus diesem Grund wird das allgemeine Kreditrisiko aus den eingesetzten Finanzinstrumenten für gering gehalten.

Für Geldmarkttransaktionen bestehen festgelegte Handelslimits. Zur Begrenzung des Ausfallsrisikos bei Anleihen, Schuldverschreibungen und strukturierten Finanzierungen werden nur Papiere von Emittenten mit einem Investment-Grade-Rating oder vergleichbarer Bonität angekauft. Im Wertpapierportfolio befinden sich nur Papiere auf Investment Grade Niveau. Als Handelspartner für OTC-Transaktionen bzw. für in strukturierten Geschäften integrierte Transaktionen kommen gleichfalls nur Kontrahenten mit erstklassigen Bonitäten in Frage. Besonderes Augenmerk gilt auch der Liquidität und der Abwicklungssicherheit der abgeschlossenen Finanzprodukte.

Im Rahmen einer Crossborder-Leasing Transaktion wurde durch eine Einmalzahlung die Verpflichtung zur Zahlung der Leasingraten einschließlich eines allfälligen EBO Payment an Payment Undertaker ausgelagert. Als Payment Undertaker wurden Finanzinstitute mit bester Bonität (Qualified Issuer) ausgewählt. Im Falle des Equity Payment Undertakers wurden Mindestratings vereinbart, wobei mit Unterschreiten dieser Grenzen zusätzliche Sicherheiten in Form von Wertpapieren vom Payment Undertaker beizubringen sind und bei weiterem Sinken des Ratings die



Anlage 3

Verpflichtung besteht, den Equity Payment Undertaker zu wechseln. Damit rechtzeitig auf die jeweilige Situation der Payment Undertaker reagiert werden kann, erfolgt zumindest quartalsweise eine Überprüfung des Ratings der aktuellen Payment Undertaker sowie des Ratings vergleichbarer Kreditinstitute. Zudem ist zu jedem Jahresabschluss von den Payment Undertakern in einer Bestätigung über den planmäßigen Verlauf der Transaktionen zu berichten und die offenen Rückführungsraten bekannt zu geben.

Zinsänderungsrisiko

Das Zinsänderungsrisiko stellt das Risiko dar, das sich aus der Wertänderung von Finanzinstrumenten, anderen Bilanzposten oder zinsbedingten Zahlungsströmen infolge von Schwankungen von Marktzinssätzen ergibt. Das Zinsänderungsrisiko beinhaltet das Barwertrisiko bei fest verzinsten Bilanzposten und das Zahlungsstromrisiko bei variabel verzinsten Bilanzposten.

Ein Zinsänderungsrisiko liegt vor allem bei Forderungen und Verbindlichkeiten mit Laufzeiten über einem Jahr vor. Solche längeren Laufzeiten sind im operativen Bereich nicht von materieller Bedeutung, spielen jedoch bei Finanzanlagen und Finanzverbindlichkeiten eine Rolle.

Die Steuerung des Zinsänderungsrisikos im Finanzbereich orientiert sich am Portfolio-Ansatz. Gesteuert werden grundsätzlich nicht Einzelpositionen, sondern das gesamte Finanzportfolio unter Bedachtnahme auf die jeweilige Grundtransaktion. Zu diesem Zweck werden grundsätzlich selektiv auch derivative Instrumente, wie Zins-Swaps eingesetzt. Zum Bilanzstichtag bestehen keine derivativen Finanzinstrumente. Das Finanzportfolio wird täglich der vorgegebenen Benchmark gegenübergestellt.

Währungsänderungsrisiko

Als Währungsänderungsrisiko wird der mögliche Verlust aus Marktveränderungen durch schwankende Wechselkurse angesehen.

Auf der Aktivseite ergeben sich keine Risiken aus Währungsänderungen, da Lieferungen nahezu zur Gänze auf Euro-Währungsbasis abgewickelt werden. Gleiches gilt grundsätzlich für die übrigen originären Finanzinstrumente.

Organisatorische Risiken

Durch die Organisation der Tätigkeitsabläufe (wie z.B. Trennung von Handel und Buchführung von Finanztransaktionen, Sicherung von elektronischen Daten) sind organisatorische Risiken im Finanzbereich so weit wie möglich ausgeschaltet.

6. Mitglieder des Vorstands und des Aufsichtsrats

Vorstand

GD Dipl.-Ing. Dr. Georg Pölzl	Vorsitzender des Vorstands
GD-Stv. Mag. Dr. Rudolf Jettmar	Stellvertretender Vorsitzender des Vorstands bis 30.6.2012
Dipl.-Ing. Walter Oblin	seit 1. Juli 2012
Dipl.-Ing. Walter Hitziger	
Dipl.-Ing. Peter Umundum	

Aufsichtsrat

Ing. Rudolf Kemler	seit 1. November 2012 Vorsitzender des Aufsichtsrats
Mag. Markus Beyrer	bis 31. Oktober 2012 Vorsitzender des Aufsichtsrats
Dr. Edith Hlawati	Stellvertreterin des Vorsitzenden des Aufsichtsrats

Prof. Dr. Edgar Ernst

Dr. Erich Hampel

Mag. Günter Leonhartsberger

Chris E. Muntwyler

Mag. Markus Pichler

Elisabeth Stadler

Helmut Köstinger

Martin Palensky

Andreas Schieder

Manfred Wiedner

Wien, am 28. Februar 2013

Der Vorstand

Dipl.-Ing. Dr. Georg Pölzl e.h.
Vorstandsvorsitzender
Generaldirektor

Dipl.-Ing. Walter Oblin e.h.
Vorstandsmitglied
Finanzen

Dipl.-Ing. Walter Hitziger e.h.
Vorstandsmitglied
Brief, Werbepost & Filialen

Dipl.-Ing. Peter Umundum e.h.
Vorstandsmitglied
Paket & Logistik



7. Bestätigungsvermerk

Bericht zum Jahresabschluss

Wir haben den beigefügten Jahresabschluss der Österreichische Post AG, Wien, für das Geschäftsjahr vom 1. Jänner 2012 bis zum 31. Dezember 2012 unter Einbeziehung der Buchführung geprüft. Dieser Jahresabschluss umfasst die Bilanz zum 31. Dezember 2012, die Gewinn- und Verlustrechnung für das am 31. Dezember 2012 endende Geschäftsjahr sowie den Anhang.

Verantwortung der gesetzlichen Vertreter für den Jahresabschluss und für die Buchführung

Die gesetzlichen Vertreter der Gesellschaft sind für die Buchführung sowie für die Aufstellung und den Inhalt des Jahresabschlusses verantwortlich, der ein möglichst getreues Bild der Vermögens-, Finanz- und Ertragslage der Gesellschaft in Übereinstimmung mit den österreichischen unternehmensrechtlichen Vorschriften vermittelt. Diese Verantwortung beinhaltet: Gestaltung, Umsetzung und Aufrechterhaltung eines internen Kontrollsystems, soweit dieses für die Aufstellung des Jahresabschlusses und die Vermittlung eines möglichst getreuen Bildes der Vermögens-, Finanz- und Ertragslage der Gesellschaft von Bedeutung ist, damit dieser frei von wesentlichen Fehldarstellungen ist, sei es auf Grund von beabsichtigten oder unbeabsichtigten Fehlern; die Auswahl und Anwendung geeigneter Bilanzierungs- und Bewertungsmethoden; die Vornahme von Schätzungen, die unter Berücksichtigung der gegebenen Rahmenbedingungen angemessen erscheinen.

Verantwortung des Abschlussprüfers und Beschreibung von Art und Umfang der gesetzlichen Abschlussprüfung

Unsere Verantwortung besteht in der Abgabe eines Prüfungsurteils zu diesem Jahresabschluss auf der Grundlage unserer Prüfung. Wir haben unsere Prüfung unter Beachtung der in Österreich geltenden gesetzlichen Vorschriften und Grundsätze ordnungsgemäßer Abschlussprüfung durchgeführt. Diese Grundsätze erfordern, dass wir die Standesregeln einhalten und die Prüfung so planen und durchführen, dass wir uns mit hinreichender Sicherheit ein Urteil darüber bilden können, ob der Jahresabschluss frei von wesentlichen Fehldarstellungen ist.

Eine Prüfung beinhaltet die Durchführung von Prüfungshandlungen zur Erlangung von Prüfungsnachweisen hinsichtlich der Beträge und sonstigen Angaben im Jahresabschluss. Die Auswahl der Prüfungshandlungen liegt im pflichtgemäßen Ermessen des Abschlussprüfers unter Berücksichtigung seiner Einschätzung des Risikos eines Auftretens wesentlicher Fehldarstellungen, sei es auf Grund von beabsichtigten oder unbeabsichtigten Fehlern. Bei der Vornahme dieser Risikoeinschätzung berücksichtigt der Abschlussprüfer das interne Kontrollsystem, soweit es für die Aufstellung des Jahresabschlusses und die Vermittlung eines möglichst getreuen Bildes der Vermögens-, Finanz- und Ertragslage der Gesellschaft von Bedeutung ist, um unter Berücksichtigung der Rahmenbedingungen geeignete Prüfungshandlungen festzulegen, nicht jedoch um ein Prüfungsurteil über die Wirksamkeit der internen Kontrollen der Gesellschaft abzugeben. Die Prüfung umfasst ferner die Beurteilung der Angemessenheit der angewandten Bilanzierungs- und Bewertungsmethoden und der von den gesetzlichen Vertretern vorgenommenen wesentlichen Schätzungen sowie eine Würdigung der Gesamtaussage des Jahresabschlusses.

Wir sind der Auffassung, dass wir ausreichende und geeignete Prüfungsnachweise erlangt haben, sodass unsere Prüfung eine hinreichend sichere Grundlage für unser Prüfungsurteil darstellt.



Anlage 3

Prüfungsurteil

Unsere Prüfung hat zu keinen Einwendungen geführt. Auf Grund der bei der Prüfung gewonnenen Erkenntnisse entspricht der Jahresabschluss nach unserer Beurteilung den gesetzlichen Vorschriften und vermittelt ein möglichst getreues Bild der Vermögens- und Finanzlage der Österreichische Post AG zum 31. Dezember 2012 sowie der Ertragslage der Gesellschaft für das Geschäftsjahr vom 1. Jänner 2012 bis zum 31. Dezember 2012 in Übereinstimmung mit den österreichischen Grundsätzen ordnungsmäßiger Buchführung.

Aussagen zum Lagebericht

Der Lagebericht ist auf Grund der gesetzlichen Vorschriften darauf zu prüfen, ob er mit dem Jahresabschluss in Einklang steht und ob die sonstigen Angaben im Lagebericht nicht eine falsche Vorstellung von der Lage der Gesellschaft erwecken. Der Bestätigungsvermerk hat auch eine Aussage darüber zu enthalten, ob der Lagebericht mit dem Jahresabschluss in Einklang steht und ob die Angaben nach § 243a UGB zutreffen.

Der Lagebericht steht nach unserer Beurteilung in Einklang mit dem Jahresabschluss. Die Angaben gemäß § 243a UGB sind zutreffend.

Wien, am 28. Februar 2013

Deloitte Audit Wirtschaftsprüfungs GmbH

Mag. Walter Müller e.h.
Wirtschaftsprüfer

Mag. Josef Spadinger e.h.
Wirtschaftsprüfer

Die Veröffentlichung oder Weitergabe des Jahresabschlusses mit unserem Bestätigungsvermerk darf nur in der von uns bestätigten Fassung erfolgen. Dieser Bestätigungsvermerk bezieht sich ausschließlich auf den deutschsprachigen und vollständigen Jahresabschluss samt Lagebericht. Für abweichende Fassungen sind die Vorschriften des § 281 Abs 2 UGB zu beachten.



Zusammensetzung des Anlagevermögens zum 31.12.2012

TEUR	Anschaffungs-/ Herstellungskosten 01.01.2012	Zugänge	Zugänge durch Umgründungen	Abgänge	Umbuchungen	Anschaffungs-/ Herstellungskosten 31.12.2012	Abschreibung durch Umgründungen	Abschreibungen (kumuliert) 31.12.2012	Buchwert 31.12.2012	Buchwert 01.01.2012	Abschreibungen im Geschäftsjahr 2012
I. Immaterielle Vermögensgegenstände											
Konzessionen, gew. Schutzrechte und ähnliche Rechte geleistete Anzahlungen	38.179 16	8.062 423	0	-400	16 -16	45.858 423	0	-32.085 0	13.772 423	9.240 16	-3.547 0
II. Sachanlagen	38.195	8.485	0	-400	0	46.280	0	-32.085	14.195	9.256	-3.547
Grundstücke, grundstücksgleiche Rechte und Bauten einschließlich der Bauten auf fremdem Grund technische Anlagen und Maschinen	660.096 172.327 227.272	3.763 8.397 38.868	0	-14.546 -9.058 -29.073	274 2.441 444	649.588 174.107 237.510	0	-427.175 -136.851 -132.118	222.412 37.256 105.392	242.755 36.467 93.937	-20.355 -9.916 -27.104
geleistete Anzahlungen und Anlagen in Bau	5.850	7.438	0	0	-3.160	10.128	0	0	10.128	5.850	0
III. Finanzanlagen	1.065.544	56.466	0	-52.678	0	1.071.333	0	-696.145	375.188	379.009	-57.375
Anteile an verbundenen Unternehmen	1.151.807	106.479	7.925	0	0	1.266.210	-2.986	-778.074	488.136	412.699	-35.981
Ausleihungen an verbundene Unternehmen	59.134	0	0	-16.615	0	42.519	0	0	42.519	54.986	0
Beteiligungen	121.158	16.774	0	-15.099	0	122.833	0	642	54.414	81.237	0
Wertpapiere (Wertrechte) des Anlagevermögens	1.332.336	123.657	7.925	-31.714	0	1.432.204	-2.986	-846.493	585.711	549.061	-28.400
Gesamt	2.436.075	190.608	7.925	-84.791	0	2.549.817	-2.986	-1.574.723	975.093	937.327	-125.303



LAGEBERICHT 2012 DER ÖSTERREICHISCHEN POST AG NACH § 243 UGB

Inhaltsverzeichnis

1.	Umfeld und Rahmenbedingungen	2
1.1	Wirtschaftliches Umfeld	2
1.2	Rechtliche Rahmenbedingungen	3
1.3	Struktur des Unternehmens	4
1.3.1	Division Brief, Werbepost & Filialen	4
1.3.2	Division Paket & Logistik	4
2.	Geschäftsverlauf 2012	5
2.1	Umsatzentwicklung	5
2.2	Gewinn- und Verlustrechnung	6
2.3	Vermögens- und Finanzlage	7
2.4	Bericht über Zweigniederlassungen	8
2.5	Finanzielle und nichtfinanzielle Leistungsindikatoren	8
2.5.1	Cashflow	8
2.5.2	Ergebnis- und wertorientierte Kennzahlen	8
2.5.3	Mitarbeiter	8
2.5.4	Gesundheit und Arbeitssicherheit	9
2.5.5	Umwelt	9
2.5.6	Forschung und Entwicklung	9
2.5.7	Innovationsmanagement	9
2.6	Besondere Ereignisse nach dem Bilanzstichtag	10
3.	Voraussichtliche Entwicklung des Unternehmens und wesentliche Risiken und Ungewissheiten	11
3.1	Voraussichtliche Entwicklung des Unternehmens	11
3.2	Wesentliche Risiken und Ungewissheiten	11
3.2.1	Struktur der Dienstverhältnisse	11
3.2.2	Technische Risiken	12
3.2.3	Regulatorische und rechtliche Risiken	12
3.2.4	Finanzielle Risiken	14
3.2.5	Markt- und Wettbewerbsrisiken	14
4.	Internes Kontrollsystem und Risikomanagement im Hinblick auf den Rechnungslegungsprozess	16
4.1	Kontrollumfeld	16
4.2	Risikobeurteilung	16
4.3	Kontrollmaßnahmen	16
4.4	Information und Kommunikation	17
4.5	Überwachung	17
5.	Informationen gemäß § 243a UGB	18



1. Umfeld und Rahmenbedingungen

1.1 Wirtschaftliches Umfeld

Das Wachstum der Weltwirtschaft schwächte sich nach der Belebung zu Jahresbeginn im Frühjahr 2012 wieder spürbar ab. Zurückzuführen war diese Entwicklung einerseits auf die Vertrauens- und Schuldenkrise im Euro-Raum, andererseits aber auch auf negative makroökonomische Entwicklungen in einigen Ländern außerhalb dieser Region. Für das Gesamtjahr 2012 erwartet der Internationale Währungsfonds (IWF) ein globales Wirtschaftswachstum von 3,2%. Während die Länder Südost- und Osteuropas voraussichtlich ein Plus von 1,8% (2013: +2,4%) verzeichnen, wird im Euro-Raum für 2012 ein Rückgang der Wirtschaftsleistung von 0,4% (2013: -0,2%) prognostiziert. Die meisten Länder dieser Region mussten somit Rückgänge hinnehmen. Deutschland zählt dabei weiterhin zu den Wachstumsmärkten des Euro-Raums: 2012 stieg das deutsche BIP um 0,9%, für 2013 wird ein etwas abgeschwächtes Wachstum von 0,6% erwartet (IWF, Prognose Jänner 2013).

Ähnlich wie der deutsche Markt entwickelte sich auch die österreichische Wirtschaft, die stark von Nachfrageimpulsen aus den Handelspartnerländern abhängig ist. So publizierte das Österreichische Institut für Wirtschaftsforschung (WIFO) für das Gesamtjahr 2012 ein Wirtschaftswachstum von 0,6%. Bedingt durch umfangreiche Sparprogramme im Euro-Raum und eine anhaltend schwierige Wirtschaftslage in den Nachbarländern bleibt das Wachstum über den gesamten Prognosezeitraum verhalten. 2013 dürfte sich die Expansion der heimischen Wirtschaft auf 1,0% wieder leicht beschleunigen, die Unsicherheitsfaktoren für diese Prognose sind aber weiterhin hoch. Nach einer Teuerungsrate von 2,4% im Jahr 2012 dürfte sich die Inflation 2013 auf 2,1% wieder leicht abschwächen. Neben einer mäßigen, jedoch soliden Zunahme des privaten Konsums wird über den Prognosehorizont vor allem die Investitionsaktivität wieder deutlich zunehmen (WIFO, Prognose Dezember 2012).

Für die Entwicklung des Brief- und Paketmarktes sind neben der Wirtschaftsleistung auch die Bevölkerungsentwicklung und die Zunahme der Anzahl der Haushalte eines Landes von Bedeutung. In Österreich war auch 2012 ein leichtes Bevölkerungswachstum zu verzeichnen, die Anzahl der Haushalte nahm dabei aufgrund des Trends zu Einpersonenhaushalten tendenziell sogar etwas stärker zu (Statistik Austria, Prognose September bzw. Dezember 2012).

Der Trend zur elektronischen Substitution der klassischen Briefpost und - damit einhergehend – zu rückläufigen Sendungsvolumina bleibt bestehen. Das Volumen der Werbesendungen wiederum ist abhängig von der Intensität der Werbeaktivitäten der Unternehmen. Das Werbebarometer von Media FOCUS Research zeigt hier für den österreichischen Markt im Jahr 2012 einen Anstieg der Werbeausgaben um 0,6% (exkl. Online), das Jahr war dabei allerdings von einer hohen Volatilität der Werbeumsätze geprägt. Während für 2013 zumindest für die erste Jahreshälfte ein Schrumpfen des Werbemarktes insgesamt erwartet wird, sollte das Volumen an Direct Mails wieder zulegen (Media FOCUS Research, Prognose Jänner 2013).

Die Paketmengen im privaten Bereich steigen dank der ständig zunehmenden Bedeutung des Online-Shopping weiter. Das Fracht- und Expressgeschäft konnte durch die verbesserte Wirtschaftslage und ein ausgeweitetes Angebot erneut zulegen. Die Entwicklung der Sendevolumina im internationalen Paket- und Frachtgeschäft wird wesentlich vom Ausmaß des wirtschaftlichen Aufschwungs sowie von den Handelsströmen und der damit verbundenen Preisentwicklung abhängen. Tendenziell wächst das Paketvolumen dabei etwas stärker als die Wirtschaft insgesamt.



1.2 Rechtliche Rahmenbedingungen

Basierend auf der dritten EU-Postdienste-Richtlinie erließ der österreichische Gesetzgeber das Postmarktgesetz, das mit 1. Jänner 2011 zur Gänze in Kraft getreten ist. Die wesentlichsten Neuerungen sind:

Das Monopol der Österreichischen Post AG für Briefsendungen bis 50 Gramm ist mit 31. Dezember 2010 entfallen. Gleichzeitig endete damit für die Österreichische Post AG ab 1. Jänner 2011 aber auch der indirekte Ausgleich für die Verpflichtungen aus dem Universaldienst. Die Österreichische Post AG bleibt auch nach der vollständigen Marktöffnung Österreichs Universaldienstleister und garantiert damit die Versorgung mit qualitativ hochwertigen Postdienstleistungen in ganz Österreich.

Der ab 2011 neu definierte Universaldienst beschränkt sich im Sinne der Sicherung der Grundversorgung primär auf Postsendungen, die an den gesetzlich definierten Zugangspunkten abgegeben werden können, das sind z. B. Post-Geschäftsstellen oder Briefkästen. Postdienste für Sendungen, die von Großkunden in Verteilzentren eingeliefert werden, zählen – mit Ausnahme von Zeitungen – jedenfalls nicht zum Universaldienst. Die Regulierungsbehörde hat den Umfang der Universaldienstverpflichtung mit Bescheid definiert. Gegen diesen Bescheid wurde seitens der Österreichischen Post AG eine Beschwerde beim Verwaltungsgerichtshof eingebracht. Der Ersatz der Universaldienst-Nettokosten wird über einen Ausgleichsfonds abgewickelt, wobei der Kostenaufwand zwischen der Österreichischen Post AG und den konzessionierten Postdiensteanbietern nach Marktanteilen geteilt wird. In diesen Ausgleichsfonds müssen nur jene konzessionierten Postdiensteanbieter einzahlen, deren Jahresumsätze aus der konzessionierten Tätigkeit 1,0 Mio EUR übersteigen. Zudem werden der Österreichischen Post AG Universaldienst-Nettokosten nur so weit ersetzt, als diese das Unternehmen unverhältnismäßig finanziell belasten. Dies ist dann der Fall, wenn die Universaldienst-Nettokosten 2% der jährlichen Gesamtkosten der Österreichischen Post AG überschreiten. Für das bereits abgerechnete Jahr 2011 gab es keinen Ausgleich.

Die Österreichische Post AG ist zum Austausch der nicht dem Gesetz entsprechenden Hausbrieffachanlagen und Landabgabekästen verpflichtet und hat diesen Austausch vorzufinanzieren. Die Kosten für den Austausch sind der Österreichischen Post AG nach einem gesetzlich geregelten Aufteilungsschlüssel teilweise zu ersetzen. Für das bereits abgerechnete Jahr 2011 gab es keinen Ausgleich.

Seit 1. Jänner 2011 unterliegt die gewerbsmäßige Beförderung von Briefsendungen mit einem Gewicht bis 50 Gramm einer Konzessionspflicht.

Seit 1. Jänner 2011 gilt die Umsatzsteuerbefreiung nur mehr für Postdienste im Rahmen der gesetzlichen Universaldienstverpflichtung. Universaldienstleistungen, deren Bedingungen individuell vereinbart wurden, unterliegen der Umsatzsteuer zum Normalsteuersatz. Daraus ergaben sich Änderungen hinsichtlich der umsatzsteuerlichen Behandlung von Postsendungen.

Mit 1. Mai 2011 sind Allgemeine Geschäftsbedingungen für Briefdienste in Kraft getreten, die im Universaldienstbereich ein vereinfachtes, kundenorientiertes Produkt- und Dienstleistungsangebot mit formatbasierten Tarifen vorsehen. Die Allgemeinen Geschäftsbedingungen wurden vonseiten der Regulierungsbehörde eingehend geprüft und gebilligt.



1.3 Struktur des Unternehmens

1.3.1 Division Brief, Werbepost & Filialen

Mit Jahresanfang 2012 wurden die früheren Divisionen Brief und Filialnetz in der neuen Division Brief, Werbepost & Filialen zusammengefasst. Die neue Gliederung spiegelt die aktuelle Organisations-, Steuerungs- und Berichtsstruktur wider.

Das Kerngeschäft der Division Brief, Werbepost & Filialen besteht aus dem weltweiten Versand von Briefen und Postkarten, der Annahme und Zustellung von adressierten und unadressierten Werbesendungen, Zeitungen und Zeitschriften, der Zustellung von Sendungen aus der ganzen Welt an jeden Adressaten in Österreich sowie umfangreichen Service- und Zusatzleistungen aus dem Direct Mail Bereich und dem Poststellen-Management. Darüber hinaus nimmt die Österreichische Post AG über ihr Filialnetz eine führende Position im Vertrieb von Telekommunikationsprodukten (Mobil- und Festnetztelefone) ein und bietet für den Bank Partner BAWAG P.S.K. die Möglichkeit Finanzdienstleistungen über ein gemeinsam betriebenes Filialnetz anzubieten.

1.3.2 Division Paket & Logistik

Das Kerngeschäft der Division Paket & Logistik besteht in der Annahme, Beförderung und Zustellung von Paketen und Paletten. Ergänzt wird es durch ein auf die jeweiligen Märkte und Kunden zugeschnittenes Dienstleistungsangebot.



2. Geschäftsverlauf 2012

2.1 Umsatzentwicklung

Der Umsatz der Österreichischen Post AG konnte 2012 insgesamt um 1,9% auf 1.667,3 Mio EUR gesteigert werden. Zuwächse wurden dabei mit plus 9,4% vor Allem in der Division Paket & Logistik erzielt, aber auch die Division Brief, Werbepost & Filialen konnte um 0,7% zulegen.

Die Verteilung des Umsatzes auf die einzelnen Divisionen zeigt die hohe Bedeutung der Division Brief, Werbepost & Filialen auf die ein Anteil von 84,7% vom Gesamtumsatz entfällt. Die Division Paket & Logistik trug mit 15,3% zum Umsatz bei.

Außenumsatz nach Divisionen

Mio EUR	2011	2012	Veränderung 2011/2012
Umsatz gesamt	1.635,7	1.667,3	1,9%
Brief, Werbepost & Filialen	1.401,8	1.411,4	0,7%
Paket & Logistik	233,9	255,8	9,4%

Umsatz Division Brief, Werbepost & Filialen

Mio EUR	2011	2012	Veränderung 2011/2012
Briefpost	750,4	767,3	2,2%
Werbepost	384,3	380,5	-1,0%
Medienpost	137,7	144,3	4,8%
Filialdienstleistungen	129,4	119,4	-7,7%

In der Division Brief, Werbepost & Filialen verbesserte sich der Umsatz um 0,7% auf 1.411,4 Mio EUR. In der Briefpost konnte der Umsatz im Periodenvergleich um 2,2% auf 767,3 Mio EUR verbessert werden. Der anhaltenden Substitution von Briefen durch elektronische Medien wirkten positive Effekte entgegen, wie etwa eine Volumenumschichtung von Paket- zu Briefdienstleistungen im Internethandel oder Umsatzzuwächse im Bereich Mail-Solutions. Die mit Mai 2011 erfolgte Änderung des Produktportfolios führte in den ersten vier Monaten des Geschäftsjahres 2012 noch zu positiven Effekten im Vergleich zum Vorjahr. In der Werbepost (adressierte und unadressierte Werbesendungen) verringerte sich der Umsatz 2012 um 1,0% auf 380,5 Mio EUR. Bei Werbesendungen zeigte sich im Jahresverlauf eine hohe Volatilität. Besonders zur Jahresmitte war ein Rückgang der Werbeaktivität zu verspüren. Gegen Jahresende zeigte sich hingegen wieder ein verbesserter Trend. Der Umsatz im Produktbereich Medienpost entwickelte sich 2012 mit plus 4,8% auf 144,3 Mio EUR positiv. Filialdienstleistungen, die nunmehr in der Division Brief, Werbepost & Filialen inkludiert sind, verzeichneten im Berichtszeitraum sowohl einen Umsatz- als auch einen Kostenrückgang. In Summe verfügte die Österreichische Post AG per 31. Dezember 2012 über 1.931 Post-Geschäftsstellen, von denen mittlerweile bereits 1.376 von externen Post Partnern betrieben werden. Der Umsatz reduzierte sich um 7,7% auf 119,4 Mio EUR.

In der Division Paket & Logistik konnte der Umsatz 2012 um 9,4% auf 255,8 Mio EUR gesteigert werden. Ein stetiger Volumenanstieg ist zu verzeichnen. Der Anstieg beruht sowohl auf Marktanteilsgewinnen bei Business to Business (B2B)-Kunden als auch auf Steigerungen im Privatkundengeschäft. Ein Haupttreiber bei Privatkunden war der steigende Internethandel.



2.2 Gewinn- und Verlustrechnung

Die Gewinn- und Verlustrechnung der Österreichischen Post AG zeigt für 2012 folgendes Bild:

Mio EUR	2011	2012	Veränderung 2011/2012	Struktur in %
Umsatzerlöse	1.635,7	1.667,3	1,9%	100,0%
Andere aktivierte Eigenleistungen	0,0	0,4	-	0,0%
Sonstige betriebliche Erträge	77,6	82,5	6,2%	4,9%
Materialaufwand und Aufwand für bezogene Leistungen	-280,1	-306,8	9,5%	-18,4%
Personalaufwand	-935,2	-985,7	5,4%	-59,1%
Sonstige betriebliche Aufwendungen	-242,6	-229,5	-5,4%	-13,8%
Beteiligungsergebnis	-57,5	-4,6	-92,0%	-0,3%
Abschreibungen	-72,7	-60,9	-16,2%	-3,7%
Ergebnis der betrieblichen Tätigkeit (EBIT)	125,2	162,5	29,8%	9,7%
Sonstiges Finanzergebnis	5,9	-16,6	-381,1%	-1,0%
Ergebnis der gewöhnlichen Geschäftstätigkeit (EGT)	131,1	145,9	11,3%	8,8%
Steuern	-38,2	-32,8	-14,1%	-2,0%
Jahresüberschuss	92,9	113,2	21,8%	6,8%

Die sonstigen betrieblichen Erträge sind gegenüber Vorjahr um 6,2% auf 82,5 Mio EUR gestiegen und haben einen Anteil von 4,9% an den Umsatzerlösen.

Der Aufwand für Material und bezogene Leistungen erhöhte sich gegenüber dem Vorjahr um 9,5% auf 306,8 Mio EUR. Die sonstigen betrieblichen Aufwendungen reduzierten sich um 5,4% auf 229,5 Mio EUR.

Der Personalaufwand ist mit einem Anteil von nahezu 60% an den Umsatzerlösen der größte Aufwandsposten der Österreichischen Post AG und ist im Berichtszeitraum um 5,4% auf 985,7 Mio EUR gestiegen.

Das Beteiligungsergebnis verbesserte sich auf -4,6 Mio EUR 2012 von -57,5 Mio EUR bedingt durch eine im Geschäftsjahr 2011 durchgeführte außerplanmäßige Abschreibung auf Beteiligungen im Zusammenhang mit der trans-o-flex Gruppe Deutschland. Die Beteiligungserträge stiegen im Vergleich zum Vorjahr.

Die Abschreibungen auf immaterielle Vermögensgegenstände und Sachanlagen der Österreichischen Post AG reduzierten sich 2012 um 16,2% auf 60,9 Mio EUR. Dies ist ein Anteil von 3,7% am Umsatz. Der Rückgang ist auf erhöhte außerplanmäßige Abschreibungen in 2011 zurückzuführen.

Das Ergebnis der betrieblichen Tätigkeit (EBIT) der Österreichischen Post AG erhöhte sich 2012 auf 162,5 Mio EUR. Das Ergebnis der gewöhnlichen Geschäftstätigkeit (EGT) betrug im Geschäftsjahr 2012 145,9 Mio EUR. Nach Abzug von Steuern im Ausmaß von 32,8 Mio EUR ergibt sich ein Jahresüberschuss in Höhe von 113,2 Mio EUR. Unter Berücksichtigung der Auflösung von unverteuerten Rücklagen sowie des Gewinnvortrages betrug der Bilanzgewinn 2012 133,1 Mio EUR.



2.3 Vermögens- und Finanzlage

Die Österreichische Post AG setzt auf eine risikoaverse Geschäftsgebarung. Dies zeigt sich an der hohen Eigenkapitalquote, den geringen Finanzverbindlichkeiten und der soliden Zahlungsmittelveranlagung mit möglichst geringem Risiko.

Die Bilanz der Österreichischen Post AG für das Geschäftsjahr 2012 weist folgende Struktur auf:

Mio EUR	31.12.2011	31.12.2012	Struktur 31.12.2012 in %
Aktiva			
Sachanlagevermögen und immaterielles Vermögen	388,3	389,4	24,4%
Finanzanlagen	549,1	585,7	36,7%
Vorräte, Forderungen und sonstige Vermögensgegenstände und Rechnungsabgrenzungsposten	343,4	329,0	20,6%
Kassenbestand und Guthaben bei Kreditinstituten	290,0	293,2	18,4%
	1.570,7	1.597,3	100,0%
Passiva			
Eigenkapital	652,9	651,4	40,8%
Unversteuerte Rücklagen	15,9	15,7	1,0%
Rückstellungen	601,5	608,7	38,1%
Verbindlichkeiten und Rechnungsabgrenzungsposten	300,4	321,4	20,1%
	1.570,7	1.597,3	100,0%

Die Position Sachanlagevermögen und immaterielle Vermögensgegenstände erhöhte sich gegenüber 2011 um 1,1 Mio EUR auf 389,4 Mio EUR. Die größten Posten des Sachanlagevermögens sind Grundstücke und Bauten mit einem Buchwert von 222,4 Mio EUR (31.12.2011: 242,8 Mio. EUR) sowie Betriebs- und Geschäftsausstattung mit 105,4 Mio EUR (31.12.2011: 93,9 Mio EUR).

Die Finanzanlagen von 585,7 Mio EUR beinhalten Anteile an verbundenen Unternehmen sowie Wertpapiere des Anlagevermögens.

Die Forderungen und sonstigen Vermögensgegenstände enthalten insbesondere Forderungen aus Lieferungen und Leistungen in Höhe von 173,4 Mio EUR (31.12.2011: 175,2 Mio EUR) sowie Forderungen gegenüber verbundenen Unternehmen in Höhe von 81,2 Mio EUR (31.12.2011: 99,4 Mio EUR). Die Bilanzposition Kassenbestand und Guthaben bei Kreditinstituten hat sich im Geschäftsjahr 2012 auf 293,2 Mio EUR erhöht.

Auf Basis des Eigenkapitals von 651,4 Mio EUR und der unversteuerten Rücklagen von 15,7 Mio EUR ergibt sich zum 31. Dezember 2012 eine Eigenkapitalquote von 41,8% (Vorjahr 42,6%).

Die Rückstellungen in Höhe von 608,7 Mio EUR sind größtenteils langfristig und beinhalten unter anderem Rückstellungen für Abfertigungen und Jubiläumsgelder. Für Personalaufwendungen von Mitarbeitern, die unkündbar sind und im Unternehmen nicht mehr oder nur mehr zum Teil zur Leistungserbringung eingesetzt werden können, wurde mit einer Rückstellung für Unterauslastung in Höhe von 211,6 Mio EUR (31.12.2011: 221,6 Mio EUR) vorgesorgt. Diese enthält auch eine Rückstellung in Höhe von 9,2 Mio EUR (31.12.2011: 21,4 Mio EUR) für Mitarbeiter, die in ein Bundesministerium wechseln sollen und für die die Österreichische Post AG die Gehaltsaufwendungen für einen bestimmten Zeitraum weiterhin trägt.

Die Verbindlichkeiten und passiven Rechnungsabgrenzungsposten der Österreichischen Post AG in Höhe von 321,4 Mio EUR stiegen gegenüber dem Vorjahr um 7,0%.



2.4 Bericht über Zweigniederlassungen

Die Österreichische Post AG unterhält keine Zweigniederlassungen.

2.5 Finanzielle und nichtfinanzielle Leistungsindikatoren

2.5.1 Cashflow

Mio EUR	2011	2012
Cashflow aus dem Ergebnis	197,1	184,8
+/- Veränderungen im Nettoumlaufvermögen	-4,8	13,2
= Cashflow aus Geschäftstätigkeit	192,3	198,0
+/- Cashflow aus Investitionstätigkeit	-14,5	-80,0
= Free Cashflow	177,8	118,0
+/- Cashflow aus Finanzierungstätigkeit	-174,7	-114,9
= Nettoveränderung liquider Mittel	3,1	3,1

2.5.2 Ergebnis- und wertorientierte Kennzahlen

	2011	2012
EBIT-Marge ¹⁾	7,7%	9,7%
ROE ²⁾	16,2%	20,6%
ROCE ³⁾	18,5%	23,6%
Ø Capital Employed ⁴⁾	678,5 Mio EUR	688,1 Mio EUR

¹⁾ EBIT-Marge = EBIT/Umsatz

²⁾ Return on Equity = Jahresüberschuss/Eigenmittel zum 1. Jänner abzüglich Dividende

³⁾ Return on Capital Employed = EBIT/durchschnittliches Capital Employed

⁴⁾ Capital Employed = Immaterielle Vermögensgegenstände + Sachanlagevermögen + Anteile an verbundenen Unternehmen + Beteiligungen + Vorräte + Forderungen – unverzinsliches Fremdkapital (Verbindlichkeiten aus Lieferungen und Leistungen, erhaltene Anzahlungen, Passive Rechnungsabgrenzungen und sonstige Verbindlichkeiten)

2.5.3 Mitarbeiter

Der durchschnittliche Personalstand der Österreichischen Post AG reduzierte sich 2012 um 374 (minus 1,9%) auf 19.534 Mitarbeiter (Vollzeitkräfte). Der überwiegende Teil der Mitarbeiter ist in der Division Brief, Werbepost & Filialen beschäftigt.

Mitarbeiter nach Divisionen	2011	2012	Anteil in %
Brief, Werbepost & Filialen	16.889	16.350	83,7%
Paket & Logistik	1.503	1.478	7,6%
Corporate	1.516	1.706	8,7%
Gesamt	19.908	19.534	100,0%



2.5.4 Gesundheit und Arbeitssicherheit

Arbeitssicherheit und Gesundheitsschutz sowie betriebliche Gesundheitsförderung sind wichtige Elemente der Unternehmenspolitik der Österreichischen Post AG. Motivierte und leistungsfähige Mitarbeiter bilden die Basis eines auf menschlicher Arbeitskraft basierenden Logistikkonzeptes. Die Österreichische Post AG legt daher auf die Gesundheit und Sicherheit ihrer Mitarbeiter besonderes Augenmerk. Trainings über sicheres und gesundes Verhalten am Arbeitsplatz, Tabak- und Alkoholprävention, die Gestaltung einer gesundheitsfördernden und ergonomischen Arbeitsumgebung sowie behinderten- und altersgerechte Arbeitsplätze zählen zu den Schwerpunkten des vielschichtigen unternehmenseigenen Gesundheitsprogramms.

2.5.5 Umwelt

Die Österreichische Post AG ist sich ihrer Verantwortung gegenüber der Umwelt bewusst und sucht daher laufend nach Optimierungspotenzialen, um ihren ökologischen Fußabdruck zu minimieren. Auch im Jahr 2012 hat die Österreichische Post AG im Rahmen ihrer Initiative CO₂ NEUTRAL ZUGESTELLT alle Briefe, Pakete und Werbesendungen in Österreich ausnahmslos CO₂ neutral zugestellt. Diese Initiative wird in einem Drei-Stufen-Programm umgesetzt: Oberste Priorität hat immer die Vermeidung von Emissionen in den eigenen Kernprozessen. Dies betrifft vor allem die Bereiche Gebäude und Fuhrpark und wird etwa durch optimierte Routenplanung, eine moderne Fahrzeugflotte sowie Schulungen der Fahrer bzw. durch Monitoring des Energieverbrauchs in Gebäuden und die Optimierung der Gebäudenutzflächen implementiert. In einem zweiten Schritt setzt die Österreichische Post AG auf alternative Energieformen. So wurde der E-Fuhrpark bedeutend ausgebaut und umfasste 2012 bereits 265 Fahrzeuge. Darüber hinaus bezieht die Österreichische Post AG seit 2012 nur noch Strom aus erneuerbaren Energiequellen und steht zudem vor Errichtung einer Photovoltaikanlage auf dem Briefzentrum Wien. Drittens werden alle Emissionen, die derzeit noch nicht vermieden werden können, durch die Unterstützung anerkannter und zertifizierter Klimaschutzprojekte mit hoher ökologischer und sozioökonomischer Wirkung kompensiert. Die gesamte Initiative wird von Sachverständigen des TÜV AUSTRIA geprüft.

2.5.6 Forschung und Entwicklung

Als reines Dienstleistungsunternehmen verfolgt die Österreichische Post AG keine klassischen Forschungsaktivitäten. Produktinnovationen erfolgen auf Basis kontinuierlicher Analyse der Markt- und Kundenbedürfnisse.

2.5.7 Innovationsmanagement

Ein wesentlicher Schlüssel zum Erfolg in sich verändernden Märkten liegt in der Entwicklung und Markteinführung innovativer Produkte sowie der Erweiterung der bestehenden Produktpalette. Die Österreichische Post AG hat im Geschäftsjahr 2012 eine Vielzahl solcher Lösungen einerseits im Bereich ihrer Online Services und andererseits im Bereich ihrer Servicedienstleistungen umgesetzt.

Im Rahmen der Brief- und Paketdienstleistungen entwickelte die Österreichische Post AG ihre Lösungen vor allem in den Bereichen elektronische Post, Online Paketmarke und Online Shop weiter. Die Online Services der Österreichischen Post AG zeichnen sich dabei durch ein hohes Maß an Sicherheit und Vertrauenswürdigkeit aus. Im Bereich Mail-Solutions wird speziell an innovativen Systemlösungen zur Optimierung der Geschäfts- und Verwaltungsprozesse von Business-Kunden gearbeitet. Der Fokus liegt hierbei auf dualem Versand und Empfang (digital/physisch), effektivem Poststellen-Management, digitaler Dokumentenverarbeitung und integrierten Druckdienstleistungen sowie wirkungsvollen CRM-Anwendungen (Geomarketing, Adressmanagement etc.). Diese Lösungen sorgen in Verbindung mit innovativen Online Services für mehr Effizienz, höhere Flexibilität und generell eine kundenorientierte Optimierung von Kommunikationsprozessen. Im Jahr 2012 wurde zudem der Post Manager, eine Plattform für sensible elektronische Dokumente und Nachrichten, konsequent weiterentwickelt und hinsichtlich seiner Nutzerfreundlichkeit optimiert. Verbessert wurde zudem der Versandmanager für Business-Kunden, welcher die Planung, Kalkulation und Organisation von Briefsendungen online ermöglicht.

Auch im Geschäftsjahr 2012 hat die Österreichische Post AG ihre umfangreiche Service- und Qualitätsinitiative mit Fokus auf Privatkunden fortgesetzt. So wurden insbesondere neue Self-Service-Lösungen entwickelt, darunter der Frankierautomat. Zudem wurde 2012 das neue Konzept der Selbstbedienungs-Filiale getestet. Im Bereich Logistics

Solutions entwickelt die Österreichische Post AG zudem laufend maßgeschneiderte Kundenlösungen im Bereich Warehousing und Fulfillment sowie diverse „Value Added Services“.

2.6 Besondere Ereignisse nach dem Bilanzstichtag

Es gab keine besonderen Ereignisse nach dem Bilanzstichtag.



3. Voraussichtliche Entwicklung des Unternehmens und wesentliche Risiken und Ungewissheiten

3.1 Voraussichtliche Entwicklung des Unternehmens

Die Österreichische Post AG geht davon aus, dass ihre Umsatzentwicklung auch 2013 von drei Trends dominiert werden wird: der elektronischen Substitution von Briefen, der Entwicklung der Werbewirtschaft sowie der nationalen und internationalen Mengenentwicklung bei Paketen. Das mittelfristige Wachstumsziel für den Umsatz der Österreichischen Post AG von 1-2% pro Jahr bleibt dabei aufrecht. Nachdem der Umsatzanstieg 2012 mit 1,9% am oberen Ende der prognostizierten Bandbreite lag, geht das Unternehmen für 2013 von einer stabilen bis leicht positiven Umsatzentwicklung aus.

Basis dieser Einschätzung ist ein stetiger Mengenrückgang bei Briefsendungen, der – getrieben durch die elektronische Substitution – gemäß internationalen Trends in der Größenordnung von 3-5% pro Jahr liegen sollte. Demgegenüber könnte es bei Werbesendungen nach dem Volumentrückgang des abgelaufenen Geschäftsjahres im Jahr 2013 wieder zu einer Stabilisierung kommen. Die Werbewirtschaft unterliegt grundsätzlich einer größeren Abhängigkeit von der konjunkturellen Entwicklung. Die Österreichische Post AG rechnet allerdings damit, dass die Werbepost – als effizientes Werbemittel – ihren Platz im Marketing-Mix der Unternehmen auch zukünftig behaupten kann. Im Paketbereich wird weiterhin mit robustem Wachstum bei Privatkunden gerechnet, bei Business-Kunden sollte die hohe Wettbewerbsdynamik anhalten.

Einen zentralen Fokus des Unternehmens bildet weiterhin die Profitabilität der erbrachten Leistungen. So werden insbesondere die Effizienzsteigerungen im Bereich Paket & Logistik nach den bereits erzielten Erfolgen weiter vorangetrieben. Auch eine weitere Verbesserung des Ergebnisses der betrieblichen Tätigkeit (EBIT) wird angestrebt.

Der erwirtschaftete operative Cashflow wird auch in Zukunft umsichtig und zielgerichtet für nachhaltige Effizienzsteigerungen, Strukturmaßnahmen und Zukunftsinvestitionen eingesetzt. Diese Investitionen dienen einerseits dem Ersatz bestehender Anlagen und andererseits der stetigen Modernisierung und Effizienzsteigerung. Zur Abrundung und Absicherung des Kerngeschäfts sind nationale und internationale Akquisitionen möglich.

Für das Geschäftsjahr 2012 wird der Vorstand der Österreichischen Post AG der nächsten Hauptversammlung am 18. April 2013 die Ausschüttung einer Dividende von 1,80 EUR je Aktie vorschlagen. Damit setzt das Unternehmen auf der Grundlage einer soliden Bilanzstruktur und der erwirtschafteten Cashflows eine attraktive Dividendenpolitik einmal mehr fort: Die Österreichische Post AG möchte zumindest 75% des Nettoergebnisses an die Aktionäre ausschütten.

3.2 Wesentliche Risiken und Ungewissheiten

3.2.1 Struktur der Dienstverhältnisse

Ein Großteil der Mitarbeiter der Österreichischen Post AG steht in einem öffentlich-rechtlichen Dienstverhältnis und unterliegt den Bestimmungen des Beamtendienstrechts. Daraus ergeben sich Besonderheiten im Zusammenhang mit der dienstrechtlichen Verwendung. Bei einem Großteil der Belegschaft kann es durch die bestehenden rechtlichen Bedingungen zu keiner Kapazitätsanpassung im Falle von Mengenverlusten kommen, ebenso ist keine Anpassung des Gehaltsniveaus an eventuell niedrigere Marktkonditionen möglich. Das Beamtendienstrecht führt insgesamt zu einer geringen Kostenflexibilität. Die Österreichische Post AG ist im Hinblick auf den liberalisierten Markt zunehmend mit den Grenzen der dienstrechtlichen Verwendungsmöglichkeiten für die ihr zugewiesenen Beamten konfrontiert. Die Lösung dieser Problematik nimmt im Dialog mit dem verantwortlichen Gesetzgeber eine besondere Rolle ein.

Aus Änderungen des Poststrukturgesetzes 1996 und den laufenden Änderungen des Beamtendienstrechts können sich für die Österreichische Post AG, soweit diese Regelungen nicht auf die spezielle Wettbewerbssituation der Österreichischen Post AG Rücksicht nehmen, zusätzliche Belastungen und unerwartete Mehrkosten ergeben, auf deren Entstehen das Unternehmen keinen Einfluss hat.



Der österreichische Gesetzgeber hat vorgesehen, dass die im Jahr 2008 für Beamte auf Bundesebene getroffene Pensionskassenregelung sinngemäß auf die der Gesellschaft zugewiesenen Beamten anzuwenden wäre. Dies könnte gegebenenfalls einen erhöhten Personalaufwand für die Österreichische Post AG bedeuten, falls diese Regelung tatsächlich auf die Gesellschaft anzuwenden wäre.

Nach dem Poststrukturgesetz 1996 sind Änderungen des Beamtendienstrechts, die für Bundesbeamte eingeführt werden, grundsätzlich auch auf die der Gesellschaft zugewiesenen Beamten anwendbar. Im Ergebnis können Änderungen des Beamtendienstrechts daher unmittelbar die Kostenstruktur der Gesellschaft verändern. Unterschiedliche Rechtsauffassungen gibt es zwischen Bund und der Österreichischen Post AG betreffend die Berechnung der vom Unternehmen laufend an den Bund zu bezahlenden Pensionsbeiträge für aktive Beamte, sodass es seitens des Bundes zu Nachforderungen gegenüber der Österreichischen Post AG – die über die bestehende Vorsorge hinausgehen - und erhöhten, zukünftigen Personalaufwendungen kommen könnte. Ebenso können weitere Risiken aus unterschiedlichen Interpretationen des Poststrukturgesetzes grundsätzlich nicht ausgeschlossen werden.

Zur Erhöhung des Qualifikationsniveaus der Mitarbeiter wurden umfassende Maßnahmen gesetzt. Zur Milderung der Folgen von Restrukturierungsmaßnahmen wurde eine Betriebsvereinbarung abgeschlossen. Der Strukturthematik im Bereich der Bediensteten begegnet die Österreichische Post AG mit zunehmend flexibleren Arbeitsprozessen und Arbeitszeitmodellen.

Nicht unerhebliche über bestehende Vorsorgen hinausgehende finanzielle Auswirkungen könnten sich auch aus Rechtsstreitigkeiten ergeben, welche das Bestehen bzw. Nichtbestehen von Kettendienstverhältnissen sowie die Vorverlegung von Gehaltsvorrückungstichtagen zum Gegenstand haben. Die Österreichische Post AG versucht Risiken aus ersterem durch entsprechende Vertragsgestaltung zu minimieren.

Die Österreichische Post AG hat das Entlohnungsmodell für Zusteller per Anfang 2013 auf ein Ist-Zeit basiertes System umgestellt. Bei Abweichungen von den Modellannahmen und Planparametern könnten sich Mehrkosten ergeben.

3.2.2 Technische Risiken

Die Österreichische Post AG ist in hohem Maß auf die Verwendung von komplexen technischen Systemen angewiesen und setzt bei der Erbringung ihrer Dienstleistungen maßgeblich auf den Einsatz von Datenverarbeitungssystemen, modernen Kommunikationsmedien und anderen technischen Einrichtungen. Vor diesem Hintergrund hat die Österreichische Post AG in den vergangenen Jahren umfangreiche Investitionen vorgenommen, um ihr Verteilnetz zu modernisieren. Die Leistungserbringung des Unternehmens hängt dabei von der Funktionsfähigkeit weniger wichtiger Standorte ab. Sollten technische Systeme vorübergehend oder dauerhaft ausfallen oder sollte es zu unberechtigten Datenzugriffen und Datenmanipulationen kommen oder sollten längerfristige kollektive Arbeitsniederlegungen stattfinden, könnte dies zu Störungen des Geschäftsablaufs und zu Verlusten von Reputation und Kunden führen sowie zusätzliche Kosten verursachen. Zur Bewältigung dieser technischen und operativen Risiken wurden Sicherheitsmaßnahmen, Prozesse und Regeln festgelegt, die verschiedene Eventualitäten abdecken und einen reibungslosen Ablauf sicherstellen sollen. Im Rechenzentrumsbetrieb verfolgt die Österreichische Post AG eine Outsourcing-Strategie. Durch entsprechende Vertragsgestaltung und Servicelevel-Management wird die Verfügbarkeit aller outgesourceten Tätigkeiten abgesichert. Die Vertragspartner sind verpflichtet, einschlägige gültige Zertifizierungen vorzuweisen.

3.2.3 Regulatorische und rechtliche Risiken

Die Österreichische Post AG erwirtschaftete in der Vergangenheit einen erheblichen Teil ihres Umsatzes im reservierten Postdienst. Mit 1. Jänner 2011 erfolgte jedoch die vollständige Öffnung des österreichischen Postmarktes. Daraus ergeben sich Risiken einer Marktanteilsveränderung. Die rechtlichen Rahmenbedingungen für den Zeitraum nach der vollständigen Liberalisierung wurden mit dem Postmarktgesetz neu geregelt, welches mit 1. Jänner 2011 zur Gänze in Kraft getreten ist. Dieses Postmarktgesetz sieht in vielen Bereichen keine Gleichbehandlung zwischen der Österreichischen Post AG und ihren Mitbewerbern vor, sondern eine Mehrbelastung der Österreichischen Post AG.



Die Österreichische Post AG ist im Rahmen des Universaldienstes verpflichtet, in ganz Österreich ein Mindestangebot von Postdienstleistungen in vergleichbarer Qualität anzubieten und ein flächendeckendes Netz von 1.650 Post-Geschäftsstellen sicherzustellen. Mit eigenem Personal betriebene Post-Geschäftsstellen dürfen nur nach Durchführung eines behördlichen Verfahrens geschlossen werden, sodass nicht ausgeschlossen werden kann, dass die Österreichische Post AG – zumindest vorübergehend – zur Führung unrentabler Standorte verpflichtet ist.

Das Postmarktgesetz sieht vor, dass die Österreichische Post AG – als einziger Postdienstanbieter in Österreich – zur umfassenden Erbringung des Universaldienstes verpflichtet ist. Der Ersatz der Universaldienst-Nettokosten wird über einen Ausgleichsfonds abgewickelt, dessen Kosten grundsätzlich zwischen der Gesellschaft und den anderen konzessionierten Postdienstanbietern nach Marktanteilen aufgeteilt werden. In diesen Ausgleichsfonds müssen jedoch nur jene konzessionierten Postdienstanbieter einzahlen, deren Jahresumsätze aus der konzessionierten Tätigkeit 1,0 Mio EUR übersteigen. Zudem werden der Gesellschaft Universaldienst-Nettokosten nur insoweit ersetzt, als diese 2% der jährlichen Gesamtkosten der Gesellschaft übersteigen. Davon ausgehend, dass die Gesellschaft auch nach der Marktöffnung einen beträchtlichen Marktanteil innehaben wird, muss die Österreichische Post AG den überwiegenden Teil der Universaldienst-Nettokosten und die Administration des Ausgleichsfonds selbst finanzieren.

Sofern es infolge der Liberalisierung zu keiner Gleichbehandlung im Hinblick auf Beschäftigungsverhältnisse und gesetzliche Leistungsanforderungen zwischen der Österreichischen Post AG und ihren Mitbewerbern und zu einer adäquaten Abgeltung der Kosten des Universaldienstes kommt, ist eine signifikante Ergebnisbelastung für die Österreichische Post AG nicht auszuschließen.

Die Österreichische Post AG geht derzeit nicht davon aus, dass sie verpflichtet wird, ihren Mitbewerbern Zugang zu Teilleistungen einzuräumen. In einem solchen Fall könnten diese jedoch in besonders lukrativen Marktsegmenten Postdienstleistungen selbst erbringen und in weniger lukrativen Marktsegmenten zu regulierten Preisen auf Teilleistungen der Österreichischen Post AG zurückgreifen. Dies könnte zu erheblichen Ergebnisbeeinträchtigungen führen.

In der Öffentlichkeitsarbeit der Österreichischen Post AG nimmt die Thematik der Liberalisierung im Dialog mit allen Stakeholdern großen Stellenwert ein. Das Unternehmen sieht es als seine Aufgabe, auf die ungenügende Abgeltung des Universaldienstes und die Problematik der asymmetrischen Marktöffnung hinzuweisen.

Die Regulierungsbehörde hat den Umfang der Universaldienstverpflichtung mit Bescheid definiert. Diesbezüglich bestehen unterschiedliche Rechtsansichten zwischen der Österreichischen Post AG und der Regulierungsbehörde, über die derzeit ein Verfahren beim Verwaltungsgerichtshof anhängig ist. Eine unterschiedliche Definition der Grenzen des Universaldienstes kann sich in der marktkonformen Gestaltung des Produktportfolios und der Preisfestsetzung niederschlagen.

Die Österreichische Post AG unterliegt in der Gestaltung ihrer Geschäftsbedingungen (einschließlich ihrer Entgelte) im Universaldienst der Kontrolle durch die Regulierungsbehörde. Die Gesellschaft kann deshalb im Bereich des Universaldienstes nur eingeschränkt durch Preisanpassungen auf Marktveränderungen reagieren. Seit 1. Jänner 2011 gilt zudem die Umsatzsteuerbefreiung nur mehr für Postdienstleistungen, die ein Universaldienstbetreiber im Rahmen der gesetzlichen Universaldienstverpflichtung erbringt. Sie gilt nicht für Leistungen, deren Bedingungen individuell ausgehandelt wurden. Aus dem oben angeführten Bescheid haben sich teilweise Änderungen hinsichtlich der Universaldienstdefinition ergeben und dadurch auch hinsichtlich der umsatzsteuerlichen Behandlung von Postsendungen. Steuerbehörden könnten unterschiedlicher Ansicht hinsichtlich der umsatzsteuerlichen Behandlung von Postdienstleistungen bzw. des Umfangs der Steuerbefreiung für Universaldienstleistungen sein. Käme es demzufolge im Rahmen einer Betriebsprüfung zur Festsetzung von Umsatzsteuer-Nachzahlungen, könnte insofern ein Ausfallrisiko bestehen, als die den Kunden nachträglich in Rechnung gestellte Umsatzsteuer nur teilweise einbringlich sein könnte.

Die Österreichische Post AG ist zum Austausch der nicht dem Gesetz entsprechenden Hausbrieffachanlagen und Landabgabekästen verpflichtet und hat diesen Austausch vorzufinanzieren. Die Österreichische Post AG geht davon aus, dass sie dieser Austauschverpflichtung ordnungsgemäß nachkommt, indem sie alle Hausbrieffachanlagen, die



bis Ende 2012 von Gebäudeeigentümern gemeldet wurden, im Jahr 2013 austauscht. Dafür bestehen entsprechende bilanzielle Vorsorgen. Die Regulierungsbehörde könnte die Auffassung vertreten, dass die gesetzliche Austauschpflicht über den 31. Dezember 2012 hinausreicht und auch erst in 2013 eingemeldete Hausbrieffachanlagen erfasst. Damit wäre die Österreichische Post AG weiterhin verpflichtet, nicht gesetzeskonforme Hausbrieffachanlagen auszutauschen, was auch zukünftig zu Ergebnisauswirkungen führen würde. Darüber hinaus gehende Mehrkosten können nicht ausgeschlossen werden, werden aber nicht erwartet. Eine schuldhafte Nichterfüllung der gesetzlichen Austauschverpflichtung ist verwaltungsstrafrechtlich pönalisiert. Der Österreichischen Post AG drohen bei Feststellung eines schuldhaften Verstoßes in jedem Einzelfall Verwaltungsstrafen, wovon die Österreichische Post AG nicht ausgeht.

Im europäischen Verkehr zwischen Postgesellschaften drängt das Abrechnungssystem nach dem „Agreement for the Remuneration of Mandatory Deliveries of Cross-Border Mails“ (REIMS III und IV) das Abrechnungssystem des Weltpostvereins zurück. Bei REIMS III und IV handelt es sich um eine Vereinbarung über Endvergütungen im grenzüberschreitenden Postdienst, der jedoch nicht alle europäischen Postunternehmen angehören. Die Österreichische Post AG ist mit 31. Dezember 2011 aus REIMS IV ausgetreten und hat mit Gültigkeit vom 1. Jänner 2012 REIMS V unterzeichnet. Die Vertragsparteien gehen davon aus, dass diese Vereinbarung – wie ihre Vorgängerregelungen (REIMS II, III und IV) – gemäß Art. 81 (3) EG-Vertrag vom Kartellverbot freigestellt ist. Zurzeit laufen die Verhandlungen zum Abschluss bi- oder multilateraler Vereinbarungen über die Abrechnung des grenzüberschreitenden Postdienstes nach dem 31. Dezember 2012 mit jenen europäischen Postgesellschaften, die REIMS V nicht unterzeichnet haben.

Über das regulatorische Umfeld im Postmarkt hinaus muss die Österreichische Post AG im Rahmen ihres ordentlichen Geschäftsbetriebs eine Vielzahl von rechtlichen Beschränkungen beachten. So sind die vertraglichen und faktischen Gestaltungsspielräume des Unternehmens etwa durch wettbewerbsrechtliche Regelungen eingeschränkt. Die kartellrechtliche Zulässigkeit von Vereinbarungen und Geschäftspraktiken der Österreichischen Post AG war in der Vergangenheit bereits Gegenstand kartellrechtlicher Untersuchungen und Verfahren. Sonstige rechtliche Risiken ergeben sich auch aus nicht vorhersehbaren Gerichtsverfahren mit Mitbewerbern und Kunden.

Zur bestmöglichen Vermeidung von Ergebnisbeeinträchtigungen durch regulatorische und rechtliche Risiken ist die Österreichische Post AG bestrebt, in ihren Kernprozessen eine Erweiterung der Wertschöpfung und des Produktportfolios zu erzielen, um ihren Kunden noch bessere Leistungen anzubieten und eine Qualitätsoptimierung zu erreichen. Darüber hinaus beabsichtigt die Österreichische Post AG, vermehrt Umsätze im bereits liberalisierten Bereich zu erwirtschaften.

3.2.4 Finanzielle Risiken

Finanzielle Risiken der Österreichischen Post AG umfassen das Liquiditätsrisiko, das Kredit-/Kontrahenten- und Produktrisiko, das Zinsänderungsrisiko, das Währungsänderungsrisiko sowie organisatorische Risiken. Eine detaillierte Darstellung der finanziellen Risiken findet sich im Anhang zum Jahresabschluss der Österreichischen Post AG.

3.2.5 Markt- und Wettbewerbsrisiken

Die Österreichische Post AG erwirtschaftet den überwiegenden Teil ihres Umsatzes in Österreich. Sollten sich die aktuellen Prognosen zum Wirtschaftswachstum verschlechtern, könnten Planungsprämissen verworfen werden müssen und damit die Planungssicherheit eingeschränkt werden.

Ferner erwirtschaftet das Unternehmen einen nicht unbedeutenden Anteil des Umsatzes mit einer geringen Anzahl von Großkunden. Das wirtschaftlich erfolgreiche Weiterbestehen dieser Großkunden ist somit wesentlich für die stabile Entwicklung der Österreichischen Post AG. Großkunden sind vertraglich nicht verpflichtet, ihre Postsendungen von der Österreichischen Post AG befördern zu lassen, und könnten sich entscheiden, mittelfristig zumindest einen Teil ihrer Postsendungen Wettbewerbern der Österreichischen Post AG zur Zustellung zu übergeben.



Anlage 4

Klassische Briefsendungen werden zunehmend durch elektronische Medien ersetzt. Der Trend zur elektronischen Substitution von Briefen, insbesondere zur elektronischen Zustellung, wurde durch die Wirtschaftskrise der vergangenen Jahre beschleunigt und wird auch weiterhin fortbestehen. Diese Entwicklung, die vom Gesetzgeber gefördert wird, kann zu nicht unerheblichen Volumenrückgängen und damit Ergebnisbeeinträchtigungen führen. Ein Rückgang des Umsatzes im Bereich Briefpost von einem Prozentpunkt führt zu einem negativen Umsatzeffekt von ca. 7 Mio EUR pro Jahr, der aufgrund der Fixkostenstruktur des Unternehmens kurz- bis mittelfristig großteils ergebnismindernd wirken würde.

Der Brief- und Paketmarkt ist durch zunehmenden Wettbewerb gekennzeichnet. Insbesondere das B2C-Paketgeschäft – hier nimmt die Österreichische Post AG eine führende Stellung im österreichischen Markt ein – ist zum einen von der wirtschaftlichen Entwicklung seiner Kunden und zum anderen von allfälligen Wettbewerbsverschärfungen durch das Auftreten weiterer alternativer Anbieter abhängig, sodass Umsatzeinbußen nicht ausgeschlossen werden können. Das Unternehmen ist deshalb bestrebt, Kunden durch attraktive Leistungsangebote an sich zu binden.

Des Weiteren wird dem Mengenrückgang infolge der Substitution von Briefsendungen durch elektronische Medien mit neuen Produkten und Dienstleistungen, etwa im Bereich Werbepost, im B2B-Geschäft und vor allem entlang der Wertschöpfungskette, entgegengewirkt. Es kann nicht ausgeschlossen werden, dass infolge von Änderungen der gesetzlichen Zustellvorschriften für behördliche Sendungen ein Teil dieser Sendungen nicht mehr über die Österreichische Post AG zugestellt wird. Die Diversifikation auf mehrere Märkte trägt dazu bei, Risiken einzelner Branchen weit zu streuen bzw. gering zu halten.

Ein Bestandteil der Strategie der Österreichischen Post AG ist das Wachstum durch selektive Akquisitionen und Kooperationen. Dabei ist es wichtig, passende Akquisitionsziele zu finden und erworbene Unternehmen erfolgreich zu integrieren. Die zukünftige Rentabilität dieser Projekte ist in hohem Maß vom Investitionsvolumen bzw. von den Akquisitionspreisen sowie politischen, wirtschaftlichen und gesetzlichen Faktoren abhängig. Alle Investitionsmaßnahmen müssen daher strikten finanziellen Kriterien gerecht werden. Die Erträge aus Finanzdienstleistungen sind mittelfristig von der wirtschaftlichen Entwicklung des Kooperationspartners BAWAG P.S.K abhängig.

Alle erwähnten Markt- und Wettbewerbsrisiken können zu nicht unerheblichen Volumenrückgängen und damit Ergebnisbeeinträchtigungen führen.



4. Internes Kontrollsystem und Risikomanagement im Hinblick auf den Rechnungslegungsprozess

Das interne Kontrollsystem (IKS) der Österreichischen Post AG im Hinblick auf den Rechnungslegungsprozess umfasst Grundsätze, Verfahren und Maßnahmen zur Sicherung der Ordnungsmäßigkeit der Rechnungslegung, sowie der Einhaltung rechtlicher Vorschriften. Die klare Definition von Verantwortungsbereichen sowie systematische Kontrollen ermöglichen eine frühzeitige Risikoerkennung und gewährleisten eine ordnungsmäßige Rechnungslegung.

4.1 Kontrollumfeld

Die Funktionen der Bereiche Treasury, Finanz- und Rechnungswesen und Controlling sind klar getrennt und die Aufgaben und Verantwortungen geteilt. Im Bereich Rechnungswesen setzt sich die Aufbauorganisation aus dem Rechnungswesen am Sitz der Gesellschaft sowie dezentraler Datenerfassungsstellen zusammen.

Die Aufgabe des Rechnungswesens besteht in der zeitgerechten, vollständigen und ordnungsgemäßen Erfassung von Geschäftsfällen und deren Darstellung in Monats-, Quartals- und Jahresabschlüssen der Österreichischen Post AG.

Sämtliche Belege werden am Sitz der Gesellschaft elektronisch erfasst und dokumentiert weiterverarbeitet. Eingangsrechnungen werden in der zentralen Scannstelle elektronisch erfasst, die Belege in der Buchhaltung gebucht und zur Freigabe elektronisch weitergeleitet. Die Freigabe der Belege durch die jeweiligen Sachbearbeiter erfolgt im System. Dadurch ist eine elektronische Dokumentation der Freigabe der Belege gewährleistet.

Der Ablauforganisation der monatlichen Bilanzierung liegt ein strikter Terminplan zugrunde. Die Termine werden für ein Geschäftsjahr erstellt und unternehmensintern kommuniziert. Im Zuge der Bilanzierung melden die Verantwortlichen der Organisationseinheiten monatlich bilanzierungsrelevante Sachverhalte, für die im Unternehmen noch keine Belege vorliegen. Zusätzlich werden, um eine Vollständigkeit der Abschlüsse zu gewährleisten, in Durchsprachen mit den Divisionsleitern, den Leitern der Informationstechnologie und des Corporate Real Estate, die wesentlichen bilanziellen Themen und Sachverhalte erörtert.

4.2 Risikobeurteilung

Die Risiken im Bereich Rechnungslegung umfassen die nicht vollständige Erfassung von bilanzierungsrelevanten Sachverhalten, Fehler in der Belegerfassung, Bewertungsfehler durch falsche Einschätzung von mit Unsicherheit behafteten Ereignissen bzw. fehlerhafte Berechnungen, unrichtiger Ausweis sowie verspätete Bilanzerstellung und Datenzugriff von unberechtigten Personen bzw. Datenmanipulation, Ausfall von IT-Systemen und Datenverlust.

4.3 Kontrollmaßnahmen

Zur Gewährleistung einer vollständigen, zeitgerechten und richtigen Bilanzerstellung wurden in allen am Rechnungslegungsprozess beteiligten Bereichen Qualitätssicherungsmaßnahmen implementiert. Die Anwendung unternehmensinterner Richtlinien (wie z. B. Bilanzierungshandbuch, Bilanzierungsrichtlinien) führt zu einer einheitlichen Behandlung der Geschäftsfälle und einer einheitlichen Bilanzierung, Bewertung und Berichterstattung. Diese Richtlinien und Anweisungen werden laufend aktualisiert.

Zusätzlich werden die für den IFRS-Konzernabschluss gültigen Bilanzierungs- und Bewertungsvorschriften angewandt, um sicherzustellen, dass Geschäftsvorfälle konzernweit einheitlich erfasst und bewertet werden.

Die Abschlüsse werden in SAP R3 als führendem System erstellt. Alle für die Rechnungslegung und Berichterstattung relevanten SAP Module kommen zum Einsatz. Die Systeme sind durch entsprechende Einrichtungen im EDV-Bereich gegen unbefugte Zugriffe geschützt.

Durch die eingesetzte Software finden automatisierte Prüfungen statt. Neben den automatisierten Kontrollen (wie Funktionstrennung, Rechnungsfreigabe, Rechnungsprüfung) existieren manuelle Kontrollen (z.B. durch Stichproben). Bei allen rechnungslegungsrelevanten Prozessen wird das Vier-Augen-Prinzip angewendet. Die Schlüsselprozesse wurden dokumentiert, standardisiert und mit Kontrollpunkten versehen. Diese klar definierten



Überprüfungsmechanismen ermöglichen eine frühzeitige Risikoerkennung. Zusätzlich wird sichergestellt, dass die Rechnungslegung im Einklang mit den gesetzlichen Vorschriften, den Grundsätzen ordnungsgemäßer Buchführung und internationalen Rechnungslegungsvorschriften steht.

4.4 Information und Kommunikation

Zur Wahrnehmung der Überwachungs- und Kontrollfunktionen werden die Abschlüsse einem definierten Managementkreis der Österreichischen Post AG auf Segmentebene zur Verfügung gestellt.

Neben den gesetzlich vorgeschriebenen Abschlüssen werden interne Berichte, die weiterführende Erläuterungen zu ausgewählten Positionen und Kennzahlen enthalten, erstellt. Wesentlicher Bestandteil der internen Berichterstattung der Österreichischen Post AG ist die Datenauswertung und deren Analyse. Diese beinhaltet unter anderem die Berechnung von Cashflows sowie dazugehörige detaillierte Erläuterungen.

Vom Controlling wird monatlich ein interner Teilungsbericht erstellt, der Informationen über die Entwicklung der einzelnen Konzernunternehmen enthält. Dieser Bericht wird ebenfalls dem Vorstand zur Verfügung gestellt.

Die Berichterstattung an die Aktionäre der Österreichischen Post AG erfolgt durch Investor-Relations in Übereinstimmung mit dem Österreichischen Corporate Governance Kodex sowohl über die Investor-Relations-Website (www.post.at/ir) als auch über direkte Gespräche mit den Investoren. Die veröffentlichten Informationen werden allen Investoren zeitgleich zur Verfügung gestellt. Zusätzlich zu den Pflichtpublikationen stehen den Investoren auf der Investor-Relations-Website zahlreiche weitere Informationen zur Verfügung.

4.5 Überwachung

Kernpunkt des operativen Risikomanagements bildet die Identifizierung, Evaluierung und Beherrschung von wesentlichen Risiken aus der operativen Geschäftstätigkeit. Dieser Prozess wird von Schlüsselpersonen in den Divisionen getragen. Die divisional angelegte Organisationsstruktur gliedert sich in zwei operativ tätige Divisionen sowie in unterstützende und beratende Zentral- und Serviceeinheiten.

Für den gesamten Österreichischen Post Konzern besteht ein einheitliches Risikomanagement, das alle Organisationseinheiten und wesentliche Tochtergesellschaften sowie ein internes Kontrollsystem für alle wesentlichen Prozesse einschließt und sich grundsätzlich nach dem COSO Standard „Enterprise Risk Management – Integrated Framework“ richtet.

Weitere zentrale Instrumente der Risikoüberwachung und -kontrolle sind konzernweite Richtlinien über den Umgang mit wesentlichen Risiken, der Planungs- und der Controllingprozess sowie die laufende Berichterstattung. Die Richtlinien betreffen beispielsweise die Festsetzung und Kontrolle von Limit-Kategorien und Handlungsabläufen zur Begrenzung finanzieller Risiken sowie die strikte Einhaltung des Vier-Augen-Prinzips.

Diese Richtlinien sind Teil des internen Kontrollsystems und stellen unter anderem die ordnungsgemäße interne und externe Finanzberichterstattung sicher. Der Planungs- und Controllingprozess dient als Frühwarnsystem und als Basis für die Beurteilung der Wirksamkeit der eingeleiteten Steuerungsmaßnahmen.

Das interne Kontrollsystem als Teil des Risikomanagementsystems ist risikoorientiert aufgebaut und in die Betriebsabläufe integriert. Das bedeutet, dass Maßnahmen arbeitsbegleitend erfolgen oder dem Arbeitsvollzug unmittelbar vor- oder nachgelagert sind. Das IKS basiert auf genauen Informationen über die Prozesse für die Rechnungslegung und Finanzberichterstattung und schließt auch deren vorgelagerte Unternehmensprozesse mit ein. Die Wirksamkeit des internen Kontrollsystems wird regelmäßig von der Konzernrevision überprüft.



5. Informationen gemäß § 243a UGB

Das Grundkapital der Österreichischen Post AG beträgt 337.763.190 EUR und ist geteilt in 67.552.638 Stück auf Inhaber lautende Stückaktien. Es liegen keine Stimmrechtsbeschränkungen oder Syndikatsvereinbarungen vor, die der Gesellschaft bekannt sind.

Die Republik Österreich hält über die Österreichische Industrieholding AG (ÖIAG) 52,8% der Anteile an der Österreichischen Post AG (auf Basis der in Umlauf befindlichen 67.552.638 Stück Aktien). Der Gesellschaft sind keine anderen Aktionäre bekannt, die mehr als 10% der Anteile halten.

Soweit der Gesellschaft bekannt ist, gibt es keine Inhaber von Aktien mit besonderen Kontrollrechten. Mitarbeiter, die auch Aktionäre der Österreichischen Post AG sind, üben ihre Stimmrechte individuell aus. Es existieren keine sich nicht unmittelbar aus dem Gesetz ergebenden Bestimmungen über die Ernennung und Abberufung der Mitglieder des Vorstands und des Aufsichtsrats sowie über die Änderung der Satzung der Gesellschaft.

Derzeit besteht weder ein genehmigtes noch ein bedingtes Kapital.

Es gibt keine bedeutsamen Vereinbarungen, an denen die Gesellschaft beteiligt ist, die bei einem Kontrollwechsel in der Gesellschaft infolge eines Übernahmeangebots wirksam werden, sich wesentlich ändern oder enden. Es gibt keine Entschädigungsvereinbarungen zwischen der Gesellschaft und ihren Vorstands- und Aufsichtsratsmitgliedern oder Arbeitnehmern für den Fall eines öffentlichen Übernahmeangebots.

Wien, am 28. Februar 2013

Der Vorstand

Dipl.-Ing. Dr. Georg Pölzl e. h.
Vorstandsvorsitzender
Generaldirektor

Dipl.-Ing. Walter Oblin e. h.
Vorstandsmitglied
Finanzen

Dipl.-Ing. Walter Hitziger e. h.
Vorstandsmitglied
Brief, Werbepost & Filialen

Dipl.-Ing. Peter Umundum e. h.
Vorstandsmitglied
Paket & Logistik